

EINSATZ GEGEN DEN KLIMAWANDEL

EIN ERFOLGSKONZEPT FÜR DAS GESAMTE POLITISCHE SPEKTRUM

OPEN SOCIETY
EUROPEAN POLICY
INSTITUTE



Autoren:

Dr. Jan Eichhorn

Sascha Nicke

Dr. Luuk Molthof

**OPEN SOCIETY
EUROPEAN POLICY
INSTITUTE**



**OPEN SOCIETY
FOUNDATIONS**

© 2020 Open Society Foundations



Diese Publikation ist als PDF auf der Projektwebsite unter einer Creative Commons-Lizenz verfügbar, die das Kopieren und Verbreiten der Publikation nur in ihrer Gesamtheit erlaubt, sofern sie den Open Society Foundations und d|part zugerechnet wird und für nicht-kommerzielle Bildungs- oder Politikzwecke verwendet wird. Fotografien dürfen nicht getrennt von der Veröffentlichung verwendet werden.

opensocietyfoundations.org

INHALT

2	EINLEITUNG
5	KLIMAWANDEL: EIN THEMA FÜR ALLE – ABER IN UNTERSCHIEDLICHEM AUSMAß
11	WISSEN ZUM KLIMAWANDEL: ES GIBT NOCH GROßES VERBESSERUNGSPOTENTIAL
17	EIN THEMA FÜR ALLE PARTEIEN
21	VOLATILITÄT
28	STAATLICHE KLIMASCHUTZMAßNAHMEN: GEWOLLT, ABER EHER OHNE GROBE PERSÖNLICHE EINSCHRÄNKUNGEN
35	WER SOLL GEHÖRT WERDEN? UNTERSCHIEDE IN DER BETRACHTUNG VON AKTEUREN IN DER KLIMASCHUTZDEBATTE
40	SCHLUSSFOLGERUNGEN

EINLEITUNG

Die Coronapandemie hat die Aufmerksamkeit der Menschen, Regierenden sowie Medien in Deutschland als auch der Welt in der letzten Zeit verständlicherweise bestimmt, die globale Klimakrise geht trotz dessen unvermindert weiter. Auch wenn unmittelbar während der Phase starker Geschäfts- und Kontaktbeschränkungen klimaschädliche Emissionen merkbar gesunken sind, stiegen sie dort, wo Beschränkungen aufgehoben wurden, wieder an.¹ Kurzfristige und außergewöhnliche Absenkungen industrieller Produktion erzeugen keinen merkbaren und nachhaltigen Bremseffekt in der Erderwärmung. Um diese verringern zu können, sind weitreichende und andauernde Veränderungen notwendig.²

In den Diskussionen zur Reaktion auf die Pandemie wurden in Deutschland jedoch immer wieder auch Überlegungen eingebracht, den Klimaschutz zeitweilig zu vernachlässigen, um die wirtschaftliche Entwicklung nicht zu stark zu belasten. Maßnahmen wie die Erhöhung der Luftverkehrssteuer im April wurden beispielsweise im Vorfeld von führenden Bundestagsabgeordneten mit explizitem Bezug zur Coronakrise in Frage gestellt.³ Zwar ist sie

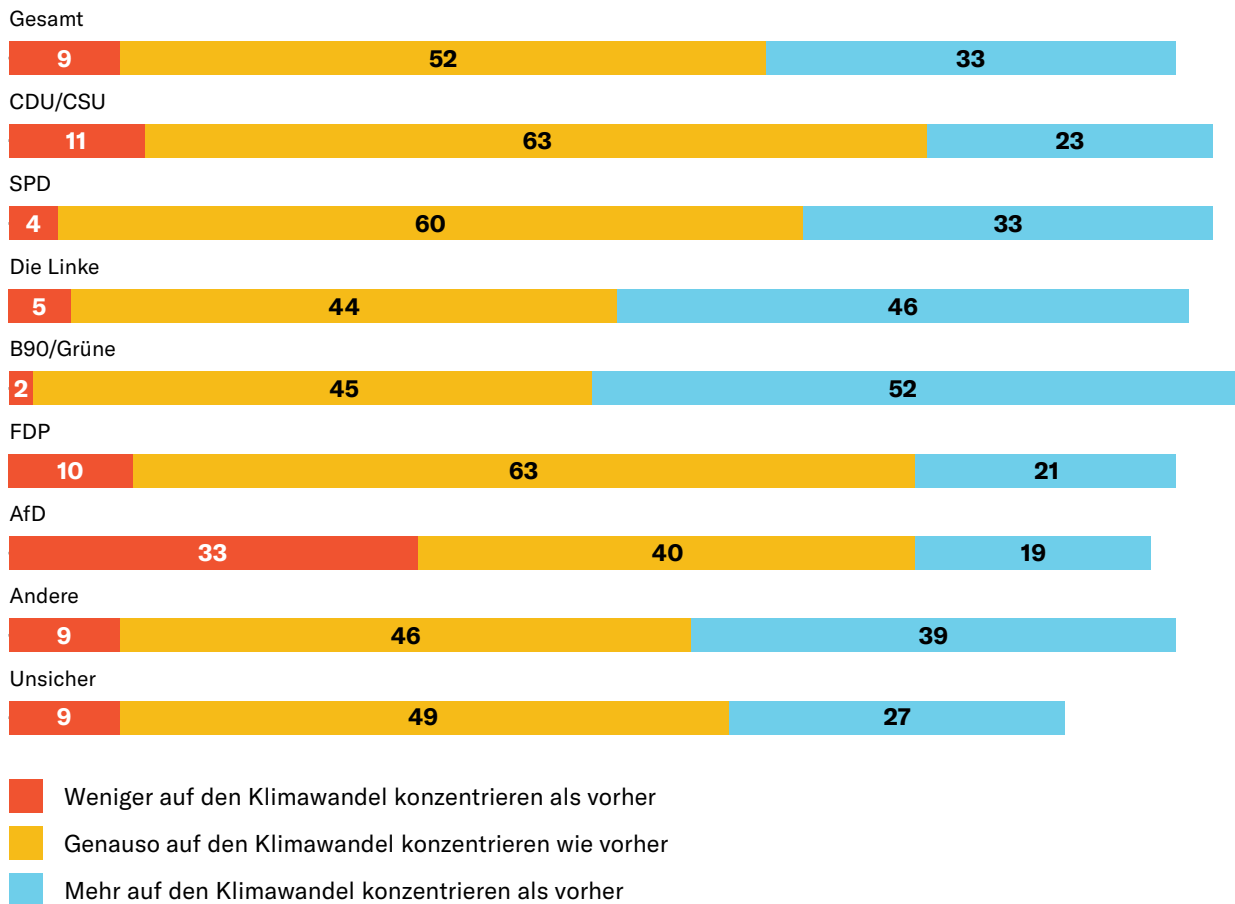
letztendlich umgesetzt worden, aber die Debatte über andere, ausgleichende Maßnahmen für die betroffene Branche setzte sich fort.⁴

Für die meisten Menschen in Deutschland ist die Abwägung zwischen Klimaschutz und dem Fokus auf die Bewältigung der Pandemie hingegen keine schwierige Frage. Nur 9 Prozent der 16- bis 74-Jährigen sind der Meinung, dass sich die Regierung infolge der Coronakrise weniger mit dem Klimaschutz befassen sollte. Für die meisten gibt es also keinen Grund, hier Abstriche zu machen. Etwa die Hälfte der Befragten sagt, dass wir den gleichen Fokus beibehalten sollten, während ein Drittel sogar davon überzeugt ist, dass wir trotz der Pandemie mehr für den Klimaschutz machen sollten (Abbildung 1). Letztere Gruppe scheint damit die Ansichten jener Organisationen zu teilen, die generell eine Beschleunigung im Regierungshandeln zur Klimakrise fordern und jenen, die gerade jetzt die Möglichkeit sehen, durch Investitionen einen klimaschutzorientierten Wirtschaftswandel zu befördern und damit die ökonomische Erholung nach der Coronapandemie zu beschleunigen.

-
- 1 Myllyvirta, L. 2020. 'Analysis: China's CO2 emissions surged past pre-coronavirus levels in May'. Carbon Brief – Clear on Climate. Verfügbar auf: <https://www.carbonbrief.org/analysis-chinas-co2-emissions-surged-past-pre-coronavirus-levels-in-may> (abgerufen am 25.10.2020).
 - 2 Groth, C. 2020. 'Emissions have fallen this year. Now we need to make it permanent'. World Economic Forum. Verfügbar auf: <https://www.weforum.org/agenda/2020/10/emissions-have-fallen-this-year-make-permanent/> (abgerufen am 25.10.2020).
 - 3 Beller, S. 2020. , Coronavirus: Fluch oder Segen für das Klima?' Greenpeace Magazin. Verfügbar auf: <https://www.greenpeace-magazin.de/aktuelles/coronavirus-fluch-oder-segen-fuer-das-klima> (abgerufen am 17.10.2020).
 - 4 Delhaes, D. 2020. , Bund nimmt eine Milliarde weniger Luftverkehrssteuer ein'. Verfügbar auf: <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/luftfahrt-bund-nimmt-eine-milliarde-weniger-luftverkehrssteuer-ein/26231864.html?ticket=ST-3541308-edGF9dvEeYxolqN4tO9g-ap6> (abgerufen am 17.10.2020).

ABBILDUNG 1

Einfluss der Coronakrise auf die wahrgenommene Wichtigkeit des Klimawandels für die deutsche Regierung nach Parteipräferenz (%)⁵



Es lassen sich bei dieser Frage zwar Unterschiede in der Stärke der jeweiligen Ansichten nach der parteipolitischen Orientierung erkennen. Aber bei allen Parteien außer der AfD gibt es mindestens doppelt so viele Anhänger*innen, die sich mehr Maßnahmen gegen die Klimakrise wünschen als weniger. Die große Mehrheit der Menschen sieht also in der Coronakrise keinen Grund, das

Tempo in der Klimapolitik zu drosseln. Doch es zeichnen sich Unterschiede in der Frage ab, ob die Klimaschutzmaßnahmen ausgeweitet werden sollten. Nach den Einschätzungen der Klimawissenschaft ist es klar, dass mehr als die geplanten Schritte nötig sind, um die gesteckten Klimaziele erreichen zu können.⁶

5 „2020 wurde die Welt mit der Coronavirus-Krise konfrontiert. Inwieweit sind Sie der Meinung, dass diese Krise Einfluss darauf haben sollte, wie die deutsche Regierung mit dem Klimawandel umgeht?“; Fehlende Angaben zu 100%: Weiß nicht

6 Traufetter, G. 2020. ‚Klimapaket der Bundesregierung verfehlt Ziele‘. SPIEGEL. Verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/klimapaket-der-bundesregierung-verfehlt-ziele-ministerien-gutachten-a-e1c80079-7bc7-4521-b05f-3382695cf101> (abgerufen am 25.10.2020).

Worin liegen dann die Unterschiede begründet, dass viele Menschen zwar Maßnahmen zum Klimaschutz wollen, aber nicht unbedingt in dem Umfang, wie es notwendig wäre? In diesem Bericht gehen wir dieser Frage nach. Wir untersuchen tiefergehend, wie Menschen in Deutschland die Klimadebatte verstehen, was sie darüber wissen und inwiefern diese Einstellungen ihre Ansichten zur Klimapolitik beeinflussen. Dazu nutzen wir Ergebnisse einer umfangreichen repräsentativen Umfrage der 16-74 jährigen Menschen in Deutschland, die im August 2020 durchgeführt wurde.⁷ Dabei erkennen wir viele Gemeinsamkeiten über Parteigrenzen hinweg. Grundsätzlich wollen fast alle Befragten, dass aktiv gegen den Klimawandel vorgegangen wird. Keine Partei muss sich Sorgen machen, dass ihre Wähler*innen das Thema nicht interessiert. Im Gegenteil, für viele Parteien könnte eine Nichtbeachtung des Themas sogar zum Verlust aktueller Unterstützer*innen führen. Dennoch gibt es auch Differenzen im Verständnis und

den dezidierten Ansichten zwischen Gruppen unterschiedlicher politischer Ausrichtungen. Darin liegt eine Chance. Wenn die Frage nicht ist, *ob*, sondern *wie* die jeweiligen Parteien verschiedene Gruppen in der Bevölkerung ansprechen sollen, können durch nuancierte Unterschiede mehr Menschen in Deutschland erreicht werden als über eine vereinheitlichende Herangehensweise. In diesem Bericht zeigen wir auf, dass es sich für politische Akteure lohnt, aktiv die Klimakrise zu thematisieren und Maßnahmen für den Schutz des Klimas voranzutreiben – mit bestimmten Schwerpunkten, mit denen sie ihre nahestehenden Wähler*innengruppen erfolgreich ansprechen können. Aufbauend auf einer positiven Einstellung gegenüber Klimaschutzmaßnahmen könnten damit noch mehr Menschen von einer höheren Dringlichkeit der Problematik überzeugt und somit die Möglichkeit für effektives politisches Handeln über Parteigrenzen hinweg geschaffen werden.

7 An der Umfrage nahmen 2112 Menschen teil. Sie wurde online im Auftrag von d|part durch Bilendi im Zeitraum vom 7. bis zum 20. August 2020 durchgeführt. Die Rekrutierung der Teilnehmer*innen war organisiert, bei Alter, Geschlecht, Bildung und Bundesland, sowie in der Überschneidung von Bildung und Bundesland, sowie Bildung und Alter jeweils die Verteilung in der Gesamtbevölkerung widerzuspiegeln. Eine detaillierte Methodennotiz kann auf der Projektseite von d|part unter <https://dpart.org/de/botschaften-zur-klimakrise/> eingesehen werden.

KLIMAWANDEL: EIN THEMA FÜR ALLE – ABER IN UNTERSCHIEDLICHEM AUSMAß

Die große Mehrheit der Menschen in Deutschland ist überzeugt davon, dass aktiv etwas gegen den Klimawandel getan werden muss (Abbildung 2). 64 Prozent der 16- bis 74-Jährigen sagen, dass wir alles tun sollten, um den Klimawandel aufzuhalten. Weitere 31 Prozent teilen diese Ansicht zwar nicht, denken aber immerhin, dass wir unsere Lebensweise an ein sich wandelndes Klima anpassen müssen, um in der Zukunft gut leben zu können. Nur eine winzige Minderheit von 3 Prozent glaubt hingegen, dass das Thema kein großes Problem darstellt.

ABBILDUNG 2

Einstellungen zur Reaktion auf den Klimawandel in Deutschland (%)⁸

Wir sollten alles tun, was wir können, um den Klimawandel zu stoppen



Wir sollten uns an den Klimawandel anpassen, damit wir in der Zukunft mit einem veränderten Klima gut leben können



Wir müssen nichts tun, da der Klimawandel kein großes Problem ist



Weiß nicht



Während also fast alle Menschen davon überzeugt sind, dass wir beim Klimawandel nicht untätig sein können, stellen sich Unterschiede in der Ausprägung der wahrgenommenen Dringlichkeit fest (Abbildung 3). Zwar stimmen nur die wenigsten der Aussage zu (2 Prozent), dass sich ihr Leben in Folge des Klimawandels bis zum Jahr 2035 verbessere, wenn alles so bliebe wie bisher, aber immer noch 15 Prozent der Befragten erwarten keine signifikanten Veränderungen in ihrem Leben. Die große Mehrheit (78 Prozent) geht jedoch davon aus, dass sich ihr Leben ohne eingreifende Maßnahmen negativ verändern würde. Allerdings gibt es auch hierbei Abstufungen. Fast die Hälfte (46 Prozent) aller 16- bis 74-Jährigen nimmt an, dass diese Änderungen Anpassungen in ihrem eigenen Leben zur Folge hätten. Die Anzahl derer, die dagegen davon ausgehen, dass der Status Quo zu einer starken Störung des eigenen Lebens sowie zu einschneidenden Veränderungen führe, liegt bei nur 26 Prozent. Einzig eine Minderheit von sechs Prozent sorgt sich, dass ihr Leben möglicherweise wirklich so stark beeinträchtigt werden könnte, dass die Erfüllung grundlegender Bedürfnisse schwierig wäre.

⁸ „Was sollten die Menschen in Deutschland insgesamt tun, um auf den Klimawandel zu reagieren?“

ABBILDUNG 3

Erwarteter Einfluss des Klimawandels auf das eigene Leben in 2035, wenn sich nichts ändert (%)⁹

Mein Leben wird sich aufgrund des Klimawandels verbessern

2

Mein Leben wird sich aufgrund des Klimawandels nicht wesentlich verändern

15

Mein Leben wird sich etwas verändern und ich werde mich an das veränderte Klima anpassen müssen

46

Der Klimawandel wird sich tiefgreifend auf mein Leben auswirken und es grundlegend verändern

26

Mein Leben wird aufgrund des Klimawandels sehr schwierig werden und es wird sehr mühsam werden, die Erfüllung selbst der grundlegendsten Bedürfnisse sicherzustellen

6

Weiß nicht

5

Die Mehrheit der Menschen in Deutschland ist also von der Existenz des Klimawandels überzeugt und erwartet, dass aktiv dagegen vorgegangen wird. Wenn wir aber stärker danach ausdifferenzieren, wie einschneidend die prognostizierten Folgen bewertet werden, erkennen wir, dass nur eine signifikante Minderheit von starken negativen Einschnitten für das eigene Leben ausgeht.

Die beiden Fragen hängen für die Einschätzungen von Menschen tatsächlich eng miteinander zusammen und zeigen, dass die Klimakrise für viele über einen Bezug zum eigenen Leben verstanden und deren Schwere dementsprechend eingeschätzt wird – eine Erkenntnis, die bestehende Studien dazu weiter bekräftigt.¹⁰ Je mehr Menschen denken, dass ihr eigenes Leben direkt vom Klimawandel betroffen sein könnte, je höher sie also die Schwere der Krise einordnen, um so mehr tendieren sie zu der Überzeugung, dass wir etwas unternehmen müssen (Abbildung 4). Nur 40 Prozent derer, die von keinen negativen Auswirkungen auf ihr Leben durch den Klimawandel ausgehen, denken, dass die Menschen in Deutschland alles tun sollten, um den Klimawandel zu stoppen. Unter den Befragten, die von einer Notwendigkeit von Anpassungen in ihren Leben überzeugt sind, aber keine massiven Einschnitte erwarten, steigt die Anzahl schon auf eine Mehrheit von 60 Prozent. Für über 80 Prozent der Menschen, die von tiefgreifenden Veränderungen in ihrem Leben ausgehen, ist jedoch klar, dass ein starkes Handeln jetzt notwendig ist.

Politische und zivilgesellschaftliche Akteure, die Menschen in Deutschland davon überzeugen wollen, dass mehr gegen die Klimakrise getan werden muss, finden also eine Bevölkerung vor, die zwar nicht von der Notwendigkeit der Thematik überzeugt werden muss, die aber die Schwere des Problems nicht einheitlich und in vollem Umfang verinnerlicht hat – obwohl die Forschung klar aufzeigt, dass der Klimawandel das Leben aller insgesamt negativ beeinflussen wird.¹¹

9 „Wenn nichts gegen den Klimawandel unternommen wird, inwieweit glauben Sie, wird sich Ihr Leben bis zum Jahr 2035 verändert haben?“

10 Z.B. Lorenzoni, I. & Pidgeon, N. (2006). Public Views on Climate Change: European and USA Perspectives. *Climatic Change* 77, 73-95.

11 Cho, R. 2019. '10 Climate Change Impacts That Will Affect Us All'. State of the Planet – Earth Institute, Columbia University. Verfügbar auf <https://blogs.ei.columbia.edu/2019/12/27/climate-change-impacts-everyone/> (abgerufen am 25. Oktober 2020).

ABBILDUNG 4

Einstellungen zur Reaktion auf den Klimawandel nach Erwartungen zum Einfluss des Klimawandels auf das eigene Leben bis 2035 ohne Maßnahmen (%)

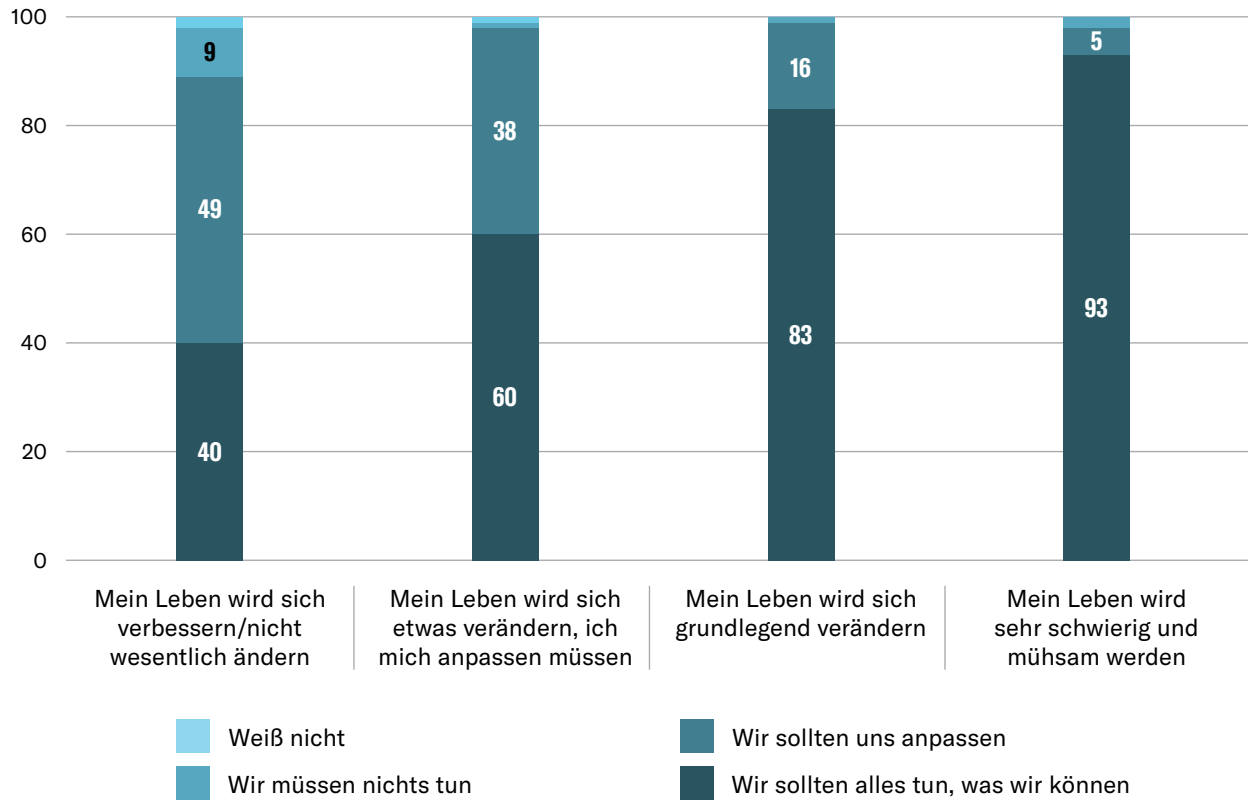
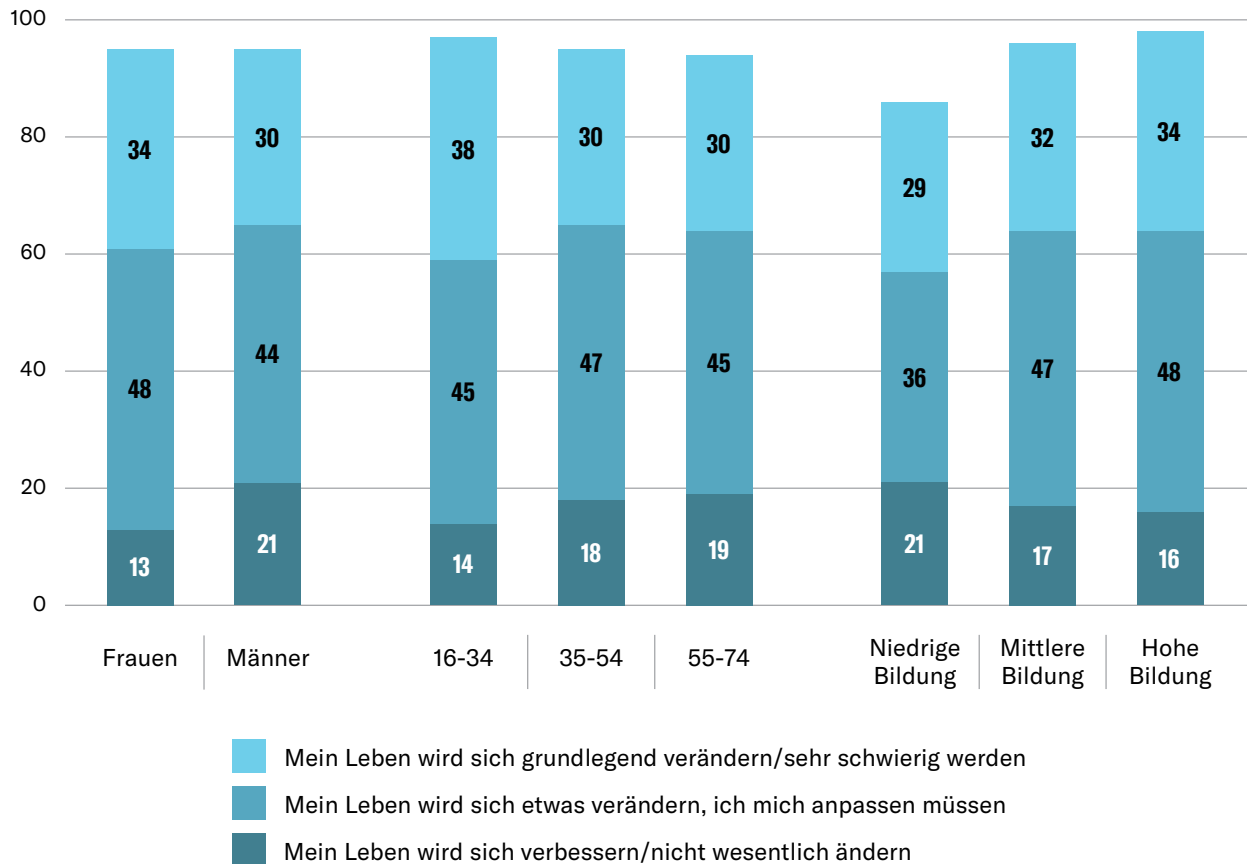


ABBILDUNG 5

Erwartungen zum Einfluss des Klimawandels auf das eigene Leben bis 2035 ohne Maßnahmen nach sozio-demographischen Faktoren (%)¹²



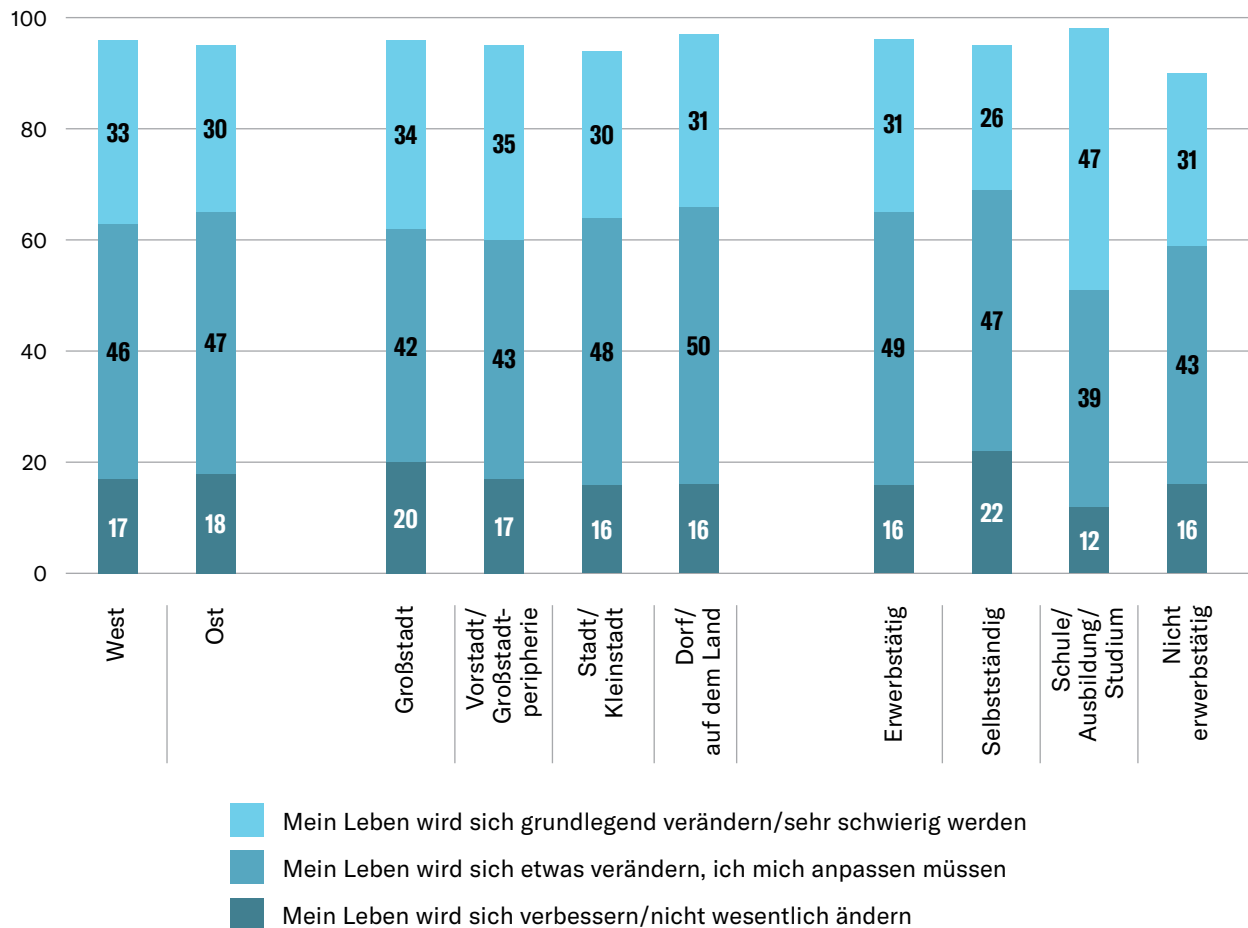
Unterschiedliche Ansichten in der Frage, wie stark der Einfluss des Klimawandels auf das eigene Leben sein könnte, wenn nichts geschieht, finden wir in der gesamten Bevölkerung. Trotz leichter Differenzen sind Bedenken in unterschiedlichem Ausmaß in allen Bevölkerungsgruppen präsent. Frauen tendieren beispielsweise eher dazu, Anpassungen oder Einschnitte im eigenen Leben zu erwarten als Männer; und eine größere Anzahl junger Menschen denkt, dass ihr Leben signifikant beeinflusst werden könnte, genauso wie Menschen mit höherer Bildung etwas stärker zu diesen Ansichten neigen. Die Unterschiede sind allerdings nicht besonders

stark ausgeprägt (Abbildung 5). In allen Gruppen finden wir insgesamt das gleiche Bild: eine eher kleine Minderheit, die sich keine Sorgen macht (ein Sechstel bis ein Viertel), eine größere Minderheit (circa ein Drittel) die von starken Konsequenzen ausgeht und eine Mehrheit von meist fast der Hälfte der Befragten, die Auswirkungen erwarten, aber annehmen, dass man sich daran anpassen kann. Alle Teile der Bevölkerung müssen dementsprechend angesprochen werden – Maßnahmen sollten sich nicht nur auf eine bestimmte demographische Gruppe konzentrieren.

¹² Fehlende Angaben zu 100%: Weiß nicht

ABBILDUNG 6

Ansichten zum Einfluss des Klimawandels auf das eigene Leben bis 2035 ohne Maßnahmen nach Lebensumständen (%)¹³



Gleiches gilt auch bei den allgemeinen Lebensumständen der Menschen (Abbildung 6). Sowohl im Vergleich von Menschen im Osten und Westen als auch in unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern finden wir keine starken Unterschiede in den Ansichten. Eine Ausnahme bilden lediglich Menschen, die sich in der Schule, einer Ausbildung oder einem Studium befinden. Sie gehen fast mehrheitlich (47 Prozent) davon aus, dass ohne Maßnahmen die Klimaveränderungen ihr Leben negativ beeinträchtigen werden.

Der Großteil dieser Personen gehört zu den jüngsten Befragten in der Umfrage. Und tatsächlich lassen sich Altersunterschiede innerhalb der unter 35-Jährigen erkennen. Während sich insgesamt die Profile zwischen den größer gefassten Altersgruppen kaum unterscheiden (wie in Abbildung 4 gezeigt), lohnt es sich bei den jüngeren noch einmal genauer hinzuschauen (Abbildung 7). Während die 26- bis 30- und 31- bis 35-Jährigen dem Gesamtprofil ähnlich sind, weichen die 16- bis 25-Jährigen von diesem ab. Denn der Anteil jener, die von negativen

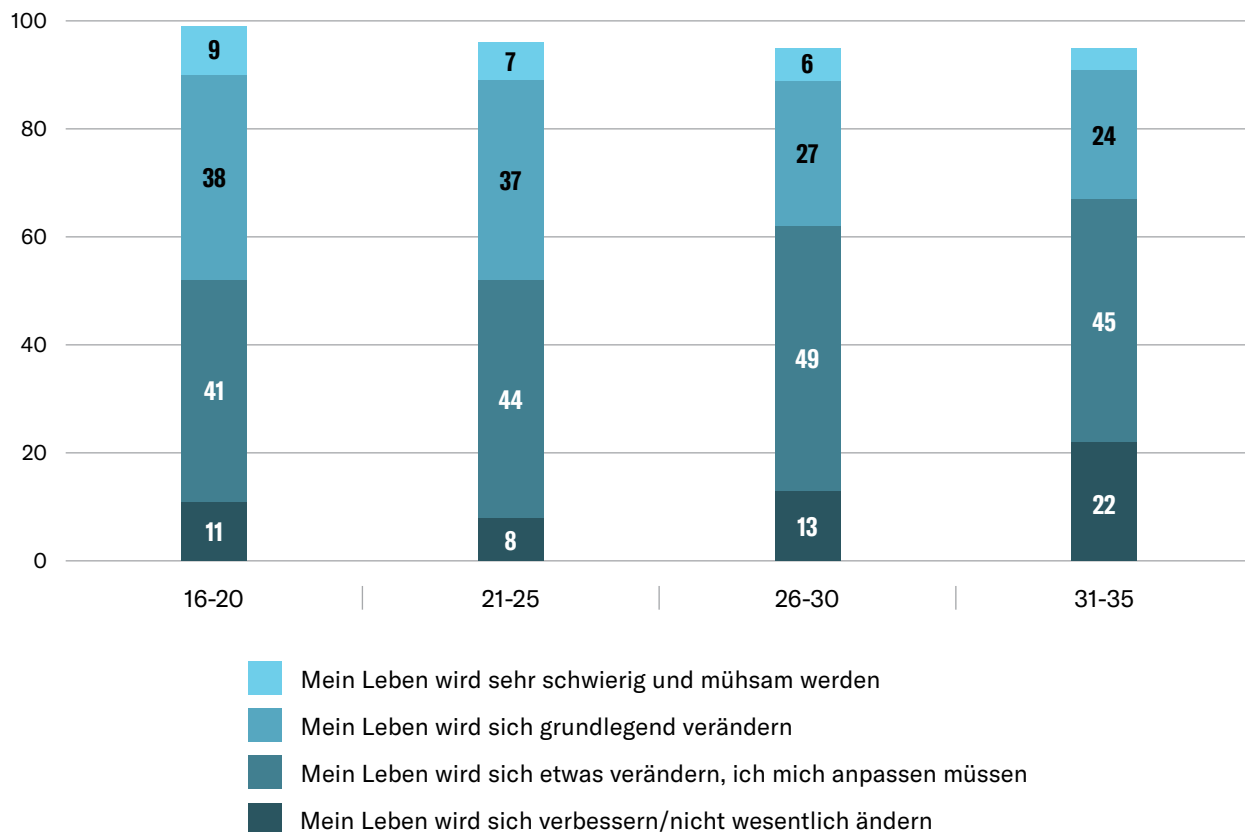
¹³ Fehlende Angaben zu 100%: Weiß nicht

Einschnitten für ihr Leben ausgehen, liegt hier bei fast der Hälfte der Befragten (47 Prozent der 16- bis 20- und 44 Prozent der 21-25-Jährigen), während die Sichtweise unter den älteren jungen Leuten von

circa einem Drittel geteilt wird (wie beim Rest der Menschen). Altersunterschiede scheinen also vor allem bei den jüngsten der jungen Menschen zu bestehen.

ABBILDUNG 7

Ansichten zum Einfluss des Klimawandels auf das eigene Leben bis 2035 ohne Maßnahmen nach Altersgruppen für 16-35-Jährige (%)¹⁴



Abgesehen davon können wir jedoch keine bestimmten Gruppen an Menschen mit einem klar differenzierten Profil an Einstellungen identifizieren. Selbst bei den jüngsten Befragten geht die Hälfte von eher moderaten Einschränkungen aus, wenn keine Maßnahmen ergriffen werden. Anhand der

demographischen Faktoren und Lebensumstände können wir also nicht die verschiedenen Ansichten zum Klimaschutz ergründen, weswegen es sich lohnt, sich intensiver mit den Verständnisweisen der Menschen zu befassen.

¹⁴ Fehlende Angaben zu 100%: Weiß nicht

WISSEN ZUM KLIMAWANDEL: ES GIBT NOCH GROßES VERBESSERUNGSPOTENTIAL

Viele Maßnahmen und Kampagnen zielen darauf ab, Menschen über das Ausmaß der Klimakrise zu informieren. Die Tatsache, dass viele Befragte das Thema zwar ernst nehmen, aber nur von einem begrenzten Ausmaß möglicher Konsequenzen ausgehen, könnte unter Umständen auf Lücken im Wissen hinweisen.

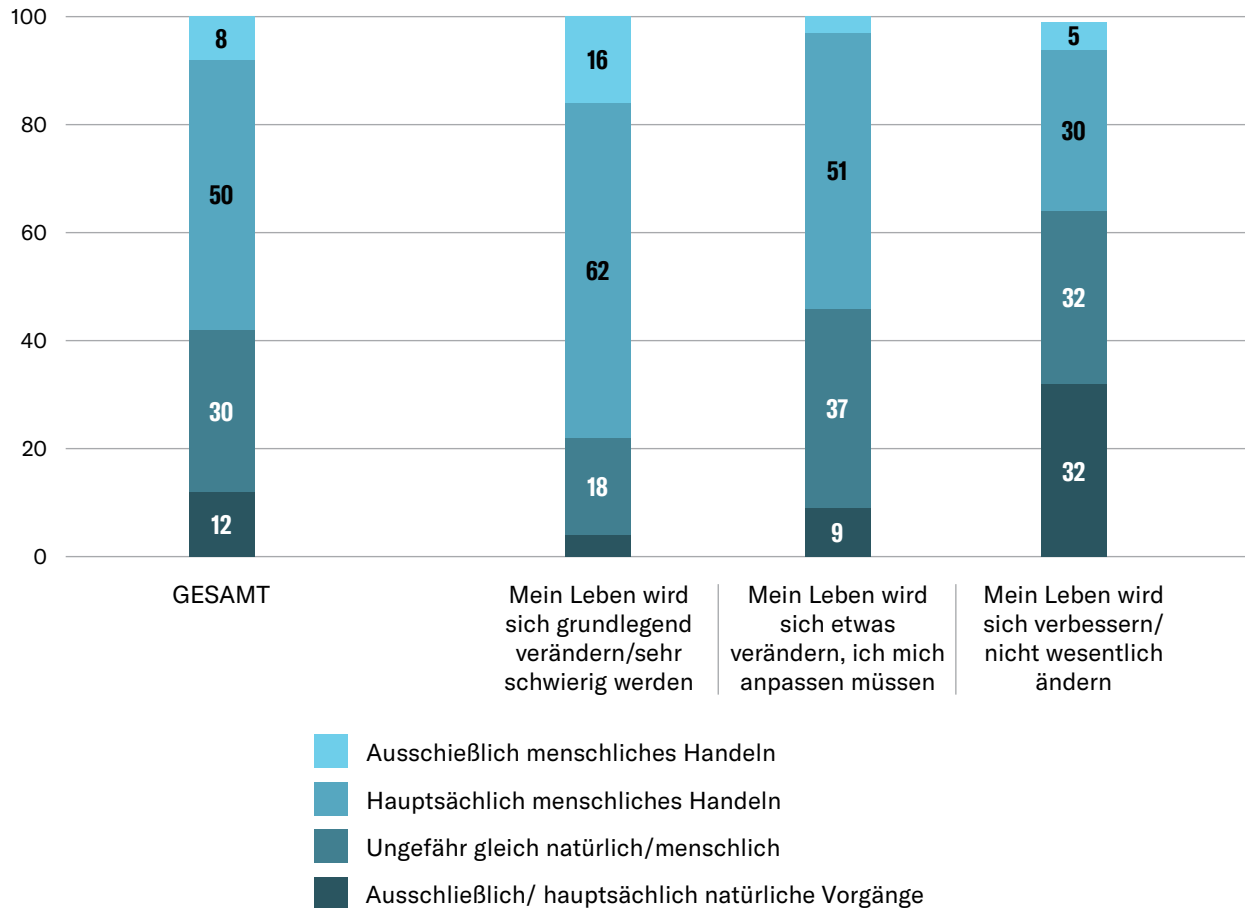
Fast alle Deutschen sind sich darüber einig, dass auf den Klimawandel reagiert werden sollte. Aber wissen sie auch, dass die Erwärmung der Erde vor allem auf menschliche Aktivitäten zurückzuführen ist?¹⁵ Diese elementare Frage beantwortet eine

Mehrheit der Befragten zwar korrekt (58 Prozent) und nur 3 Prozent sagen grundsätzlich, dass es gar keinen Klimawandel gebe oder dieser ausschließlich natürliche Ursachen hat (Abbildung 8). Aber weitere 9 Prozent denken, dass die natürlichen Ursachen stärker wiegen als menschliches Handeln und 30 Prozent sind der Ansicht, dass menschliche und natürliche Ursachen ungefähr den gleichen Anteil am Klimawandel haben. Ungefähr 40 Prozent der 16- bis 74-Jährigen in Deutschland wissen also nicht, dass die Hauptursache der Klimakrise menschliches Handeln ist.

15 The Royal Society. 2020. „How do scientists know that recent climate change is largely caused by human activities?“. Verfügbar auf <https://royalsociety.org/topics-policy/projects/climate-change-evidence-causes/question-2/> (abgerufen am 20. Oktober 2020).

ABBILDUNG 8

Wissen über die Ursachen des Klimawandels insgesamt und nach Erwartungen zum Einfluss des Klimawandels auf das eigene Leben bis 2035 ohne Maßnahmen (%)¹⁶



Der Grad des Wissens ist mit den Erwartungen zum Einfluss des Klimawandels verknüpft (Abbildung 8). Unter den Befragten, die ohne Gegenmaßnahmen sehr negative Konsequenzen erwarten, liegen nur 22 Prozent in ihrer Einschätzung falsch und denken, dass der Klimawandel nicht vor allem vom Menschen verursacht wird. Der Anteil steigt deutlich in der Gruppe, in der die Befragten davon ausgehen, dass sie ihr Leben ohne Gegenmaßnahmen nur anpassen müssten: Mehr als doppelt so viele (46 Prozent) beantworten die Frage falsch, wobei unter ihnen der

Anteil derer, der denkt, dass vor allem natürliche Ursachen Schuld tragen am Klimawandel, mit 9 Prozent noch relativ niedrig ausfällt. Das ändert sich bei der Gruppe, die keine negativen oder sogar positive Erwartungen an einen ungezügelter Klimawandel hat. Dort sind je ein Drittel der Befragten der Meinung, dass die Ursachen vor allem in der Natur begründet sind oder natürliche und menschliche Ursachen gleich wiegen. Insgesamt liegen hier 64 Prozent falsch mit ihrer Einschätzung.

¹⁶ „Denken Sie, dass der Klimawandel durch natürliche Vorgänge, menschliches Handeln oder durch beides verursacht wird?“; Fehlende Angaben zu 100%: Weiß nicht

Das Wissen ist also nicht nur an sich wichtig, sondern steht tatsächlich im direkten Zusammenhang mit Einstellungen, die die Klimakrise eher als solche erkennen. Dazu stellen wir weitere bestehende Wissenslücken bei anderen wichtigen Fragen fest. Immerhin 81 Prozent der Befragten erkannten die Aussage, dass die Pariser Klimakonferenz 2015 bestimmte Klimaziele festgelegt hatte, als korrekt an (Tabelle 1). Bei der zentralen Frage

zum wissenschaftlichen Konsens sank die Anzahl korrekter Antworten jedoch deutlich. Während 97 Prozent der Klimaforscher*innen übereinstimmend den Menschen als hauptverantwortlich für die Klimakrise sehen, stimmen 39 Prozent der Deutschen der Aussage zu, dass die Wissenschaft in dieser Frage je zur Hälfte gespalten ist. Der Forschungskonsens ist somit weiten Teilen der Bevölkerung noch nicht bewusst.

TABELLE 1

Einschätzungen von Aussagen zur Klimakrise als richtig oder falsch¹⁷

AUSSAGE	RICHTIG ODER FALSCH?	% DER BEFRAGTEN, DIE KORREKT GEANTWORTET HABEN
2015 haben sich die Regierungen der ganzen Welt auf der Klimakonferenz der Vereinten Nationen (COP 21) in Paris darauf geeinigt, den Temperaturanstieg auf unter 2°C zu begrenzen und einen Anstieg von höchstens 1,5°C anzuzielen.	Richtig	81
Die Wissenschaftler*innen teilen sich in Bezug auf ihre Meinungen, ob der Klimawandel durch Menschen verursacht wird oder nicht, in zwei ungefähr gleich große Gruppen.	Falsch	61

TABELLE 2

Auswahl der Maßnahmen mit der größten Emissionsreduzierung (%)¹⁸

Reduzierung der fossilen Brennstoffe wie Öl und Gas zur Stromerzeugung um die Hälfte	32
Reduzierung des Fleischkonsums der Bevölkerung um die Hälfte	20
Reduzierung der Anzahl der Passagierflüge um die Hälfte	17
Reduzierung des Passagier- und Frachtverkehrs um die Hälfte	14
Reduzierung des Autoverkehrs um die Hälfte	11
Keine dieser Maßnahmen hätte Auswirkungen, da der Klimawandel nicht durch Menschen verursacht wird.	6

17 „Geben Sie bitte zu jeder der folgenden Aussagen an, ob Sie denken, dass sie WAHR oder FALSCH ist.“

18 „Welche der folgenden Maßnahmen hätte Ihrer Meinung nach die größten Auswirkungen auf die Reduzierung der Emissionen, die zum Klimawandel in Deutschland beitragen?“

Zusätzlich besteht aber auch die Notwendigkeit, das Wissen zu praktischen Fragen deutlich zu erhöhen. Denn vielen Menschen ist beispielsweise nicht bewusst, welche Bereiche den stärksten Beitrag zum Klimawandel in Deutschland beisteuern. Nur eine Minderheit von 32 Prozent der Befragten (Tabelle 2) identifiziert die Nutzung fossiler Brennstoffe zur Energiegewinnung korrekt als die stärkste Emissionsquelle.¹⁹ Für politische Maßnahmen, die systemisch ansetzen, um substantielle Änderungen zu erzeugen, bedarf es daher einer grundlegenden Wissenssteigerung in der Bevölkerung, damit die Menschen die quantitativ einflussreichsten Maßnahmen, beispielsweise in Bezug auf die Energiewirtschaft, nachvollziehen und sogar befürworten können.

Selbst auf der Individualebene fällt es jedoch vielen Leuten schwer, die relative Wichtigkeit ihres eigenen Verhaltens korrekt einzuschätzen (Tabelle 3). Zwar erkennen recht viele Personen (27 Prozent), dass Flüge für die individuelle Klimabilanz oft den stärksten negativen Effekt haben, aber ungefähr ebenso viele Befragte (28 Prozent) denken, dass Abfallvermeidung und Recycling den größtmöglichen Effekt für ein Individuum haben. Während Recycling positive Effekte mit sich bringt, sind die Ergebnisse für den persönlichen Emissionsfußabdruck im Vergleich zu vielen anderen Maßnahmen eher gering.²⁰ Es zeigt sich damit, dass eine recht große Anzahl der befragten Menschen nicht umfassend einschätzen kann, welche quantitative Wirkung ihr eigenes Verhalten tatsächlich hat.

TABELLE 3

Auswahl der Maßnahmen für Einzelpersonen, welche die größte Emissionsreduzierung zur Folge hätten (%)²¹

Abfall vermeiden und mehr recyceln	28
Weniger fliegen	27
Weniger Auto fahren	13
Organisationen unterstützen, die etwas gegen den Klimawandel tun	10
Parteien wählen, die etwas gegen den Klimawandel tun	10
Strom von einem Ökostromanbieter beziehen	5
Nichts, weil der Klimawandel kein großes Problem ist	4
Ausschließlich Bio-Lebensmittel kaufen	1
Ausschließlich gebrauchte Kleidung kaufen	1

19 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit. 2018. 'Klimaschutz in Zahlen Fakten, Trends und Impulse deutscher Klimapolitik Ausgabe 2018'. Verfügbar unter https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Pool/Broschueren/klimaschutz_in_zahlen_2018_bf.pdf (abgerufen am 25.10.2020).

20 Wynes, S. & Nicholas, K. 2017. 'The climate mitigation gap: education and government recommendations miss the most effective individual actions'. *Environmental Research Letters* 12 (7).

21 „Es gibt viele unterschiedliche Meinungen darüber, was Einzelpersonen gegebenenfalls am besten tun sollten, um auf den Klimawandel zu reagieren. Welche der folgenden Optionen beschreibt Ihrer Meinung nach das, was der Einzelne persönlich am besten gegen den Klimawandel tun kann?“

Die Tabelle zeigt uns zudem, dass nur wenige Menschen (20 Prozent) Maßnahmen auswählen, die nicht nur ihr eigenes Verhalten betreffen, sondern auf eine gemeinschaftliche Wirkung ausgerichtet sind, wie beispielsweise die Unterstützung von Organisationen, die gegen die Klimakrise vorgehen, oder das Wählen von bestimmten Parteien. Systemische Änderungen benötigen allerdings kollektive Prozesse, die über das durch persönliche Verhaltensänderungen erreichbare hinausgehen.²² Das spielt jedoch nur für eine Minderheit eine herausragende Rolle.

Diese Tendenz offenbart sich sowohl in der Einschätzung von Maßnahmen als auch im persönlichen Verhalten der Menschen. Viele der in Deutschland Befragten sagen von sich, dass sie selbst schon eine Reihe von Anpassungen durchgeführt haben, um ihren Beitrag zum Klimawandel

zu reduzieren. Darüber hinaus gibt es einen substantiellen Anteil an Menschen, die bestimmte Maßnahmen zwar noch nicht durchgeführt haben, diese aber in der Zukunft planen (Abbildung 9). Auffällig ist dabei, dass fast alle Anpassungen, die den individuellen Konsum betreffen (mit Ausnahme der Reduzierung von Milchprodukten), häufiger genannt werden, als Verhaltensweisen, die gemeinschaftlich orientiert sind. Während viele Menschen also bereit sind, Einschnitte in ihrem Kauf- und Verbrauchsverhalten durchzuführen, plant bislang nur eine klare Minderheit, Organisationen zu unterstützen, die gegen den Klimawandel vorgehen. Immerhin gibt es eine Mehrheit von Leuten, die es zumindest in Betracht ziehen, auf ihr unmittelbares Umfeld (Familie und Freunde) positiv einzuwirken. Im Vergleich zu persönlichen Konsummaßnahmen zeigt sich aber im Gesamtbild ein großer Unterschied.

22 Adams, A. 2018. 'Individual action won't achieve 1.5°C warming – social change is needed, as history shows'. The Conversation. Verfügbar auf <https://theconversation.com/individual-action-wont-achieve-1-5-warming-social-change-is-needed-as-history-shows-104643> (abgerufen am 25.10.2020).

ABBILDUNG 9

Persönliche Maßnahmen für den Klimaschutz (durchgeführt oder geplant) (%)²³

Weniger Produkte mit Plastik kaufen



Weniger nicht-regionale Lebensmittel nutzen



Weniger fliegen



Weniger Auto fahren



Fleischkonsum reduzieren



Zu einem Ökostromanbieter wechseln



Mehr Bio-Lebensmittel kaufen



Konsum von Milchprodukten reduzieren



Freunde/Familienangehörige überzeugen, sich klimafreundlicher zu verhalten



Partei aufgrund ihrer Klimawandelagenda wählen



An eine Umweltorganisation spenden





Einer Umweltorganisation beitreten



An einem Umweltprotest teilnehmen



 Habe ich bereits getan
 Habe ich noch nicht getan, habe es aber künftig vor

Es gibt für politische und zivilgesellschaftliche Akteure also in jeder Hinsicht viel Potential nach oben, um mehr Menschen davon zu überzeugen, dass durch sie und gemeinschaftliche Strukturen wichtige Prozesse in Gang gesetzt werden könnten, um die Auswirkungen des Klimawandels zu begrenzen.

Damit politische Akteure gute Wege finden ihre Unterstützer*innen anzusprechen, ist es aber auch wichtig zu wissen, inwiefern sich die Einstellungen entsprechend von Parteipräferenzen unterscheiden oder nicht.

²³ „Welche der folgenden Maßnahmen haben Sie persönlich gegebenenfalls bereits ergriffen bzw. haben Sie vor, künftig zu ergreifen, um Ihren Einfluss auf den Klimawandel zu reduzieren?“

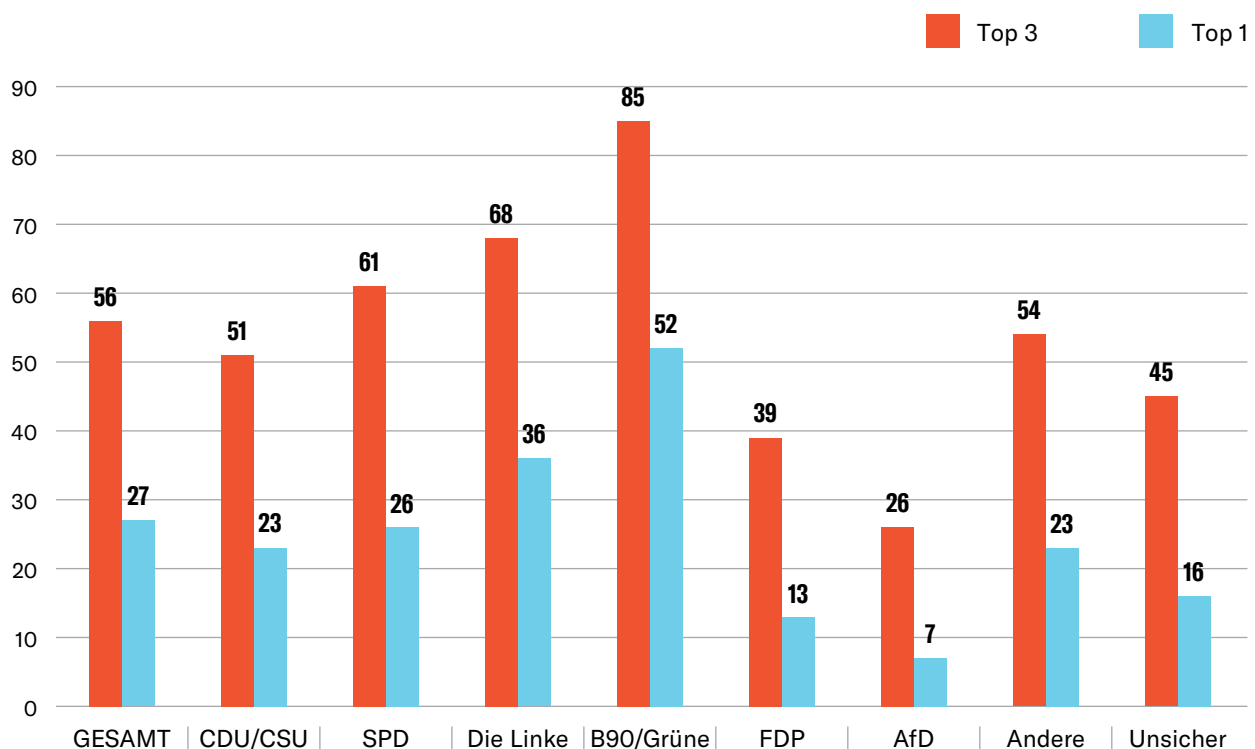
EIN THEMA FÜR ALLE PARTEIEN

Der Klimawandel ist für viele Menschen auch während der Coronapandemie ein Thema, von dem sie sich wünschen, dass es von der Regierung als eine Priorität behandelt wird (Abbildung 10). Für 56 Prozent aller Befragten gehört es zu den Top-3 Arbeitsgebieten der Bundesregierung und für 27

Prozent ist es sogar das wichtigste Thema überhaupt – deutlich vor (Tabelle 4) dem am zweithäufigsten ausgewählten Bereich soziale Sicherheit (14 Prozent), gefolgt von Sicherheit der Bevölkerung (13 Prozent), Gesundheitsversorgung (12 Prozent) und Bildung (11 Prozent).

ABBILDUNG 10

Klimawandel als Hauptpriorität (Top 1) oder als eines der drei wichtigsten Arbeitsfelder (Top 3) der Regierung nach Parteipräferenz (%)²⁴



²⁴ „Nachfolgend sehen Sie eine Liste mit Aspekten, auf die die deutsche Regierung nach Meinung verschiedener Menschen ihre Arbeit konzentrieren sollte. Geben Sie bitte an, welche dieser Aspekte Ihrer Meinung nach die drei wichtigsten sind, auf die die deutsche Regierung sich konzentrieren sollte. Geben Sie bitte an, welcher dieser drei Aspekte die höchste, welcher die zweithöchste und welcher die dritthöchste Priorität haben sollte.“

Ein substantieller Teil der Anhänger*innenschaft fast aller im Bundestag vertretenen Parteien bewertet dabei das Thema „Klimawandel“ als wichtig, wenngleich in unterschiedlichem Ausmaß. Bei vier Parteien ist es das Thema, das am häufigsten als wichtigster Fokus für die Regierung ausgewählt wird – selbst während der Coronapandemie. 52 Prozent der Grünenwähler*innen finden, dass es die höchste Priorität haben sollte, gefolgt von 36 Prozent bei der Linkspartei, 26 Prozent bei der SPD und 23 Prozent

bei der CDU/CSU (Abbildung 10). Bei diesen vier Parteien führen jeweils mehr als die Hälfte ihrer Wähler*innen den Klimawandel zumindest als eines der drei wichtigsten Themen an (51 Prozent bei CDU/CSU, 61 Prozent bei der SPD, 68 Prozent bei der Linkspartei und 85 Prozent bei den Grünen). Von den Wähler*innen der FDP bewerten immerhin 39 Prozent das Thema als Top-3 und bei der AfD 26 Prozent.

TABELLE 4

Wichtigste Priorität (Top1) für die Regierungsarbeit nach Partei (%)

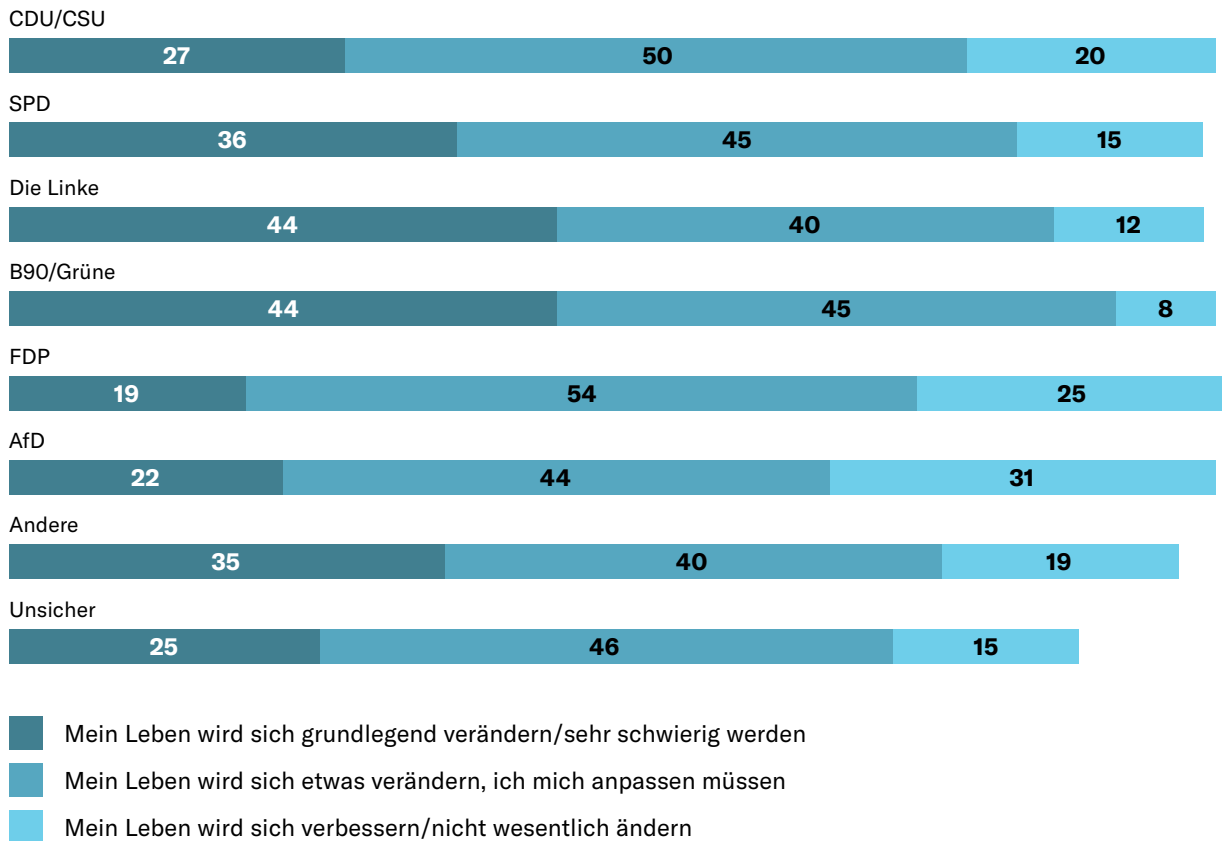
	GESAMT	CDU/ CSU	SPD	DIE LINKE	B90/ GRÜNE	FDP	AFD
Klimawandel	27	23	26	36	52	13	7
Soziale Sicherheit	14	11	15	22	12	16	11
Sicherheit der Bevölkerung	13	15	14	9	7	18	20
Gesundheitsversorgung	12	15	15	8	7	7	9
Bildung	11	13	8	9	11	15	7
Renten	8	7	7	8	4	13	10
Beschäftigung	6	6	8	2	3	10	10
Migration	5	4	4	2	2	6	18
Wohnungsmarkt	3	2	2	3	2	3	2
Traditionelle Werte	2	2	0	1	1	1	7

Bei den Anhänger*innen der jeweiligen Parteien stellen sich aber auch Unterschiede in der Einschätzung der Schwere des Klimawandels heraus (Abbildung 11). Während fast die Hälfte (44 Prozent) der Grünen- und Linken-Unterstützer*innen von klar signifikanten Einschnitten im eigenen Leben ausgehen, wenn keine Maßnahmen ergriffen werden, ist deren Anteil bei der SPD (36 Prozent) und der CDU/CSU (27 Prozent) niedriger, gefolgt von der AfD (22 Prozent) und der FDP (19 Prozent). Bei keiner Partei gibt es jedoch eine Mehrheit von Befürworter*innen, die davon ausgehen, dass der

Klimawandel keine oder gar positive Konsequenzen haben könnte. Die Ansicht findet sich am ehesten bei der AfD (31 Prozent), gefolgt von der FDP (25 Prozent) und CDU/CSU (20 Prozent), sinkt aber substantiell für die anderen Parteien (mit 15 Prozent bei der SPD, 12 Prozent bei der Linkspartei und 8 Prozent für die Grünen). Die meisten Anhänger*innen aller Parteien gehen also davon aus, dass der Klimawandel ihr Leben beeinflussen wird, wenn keine Maßnahmen ergriffen werden, aber in einem unterschiedlichen Ausmaß.

ABBILDUNG 11

Erwartungen zum Einfluss des Klimawandels auf das eigene Leben bis 2035 ohne Maßnahmen nach Parteipräferenz (%)²⁵



Entscheidend für alle Parteien ist jedoch, dass mögliche Wähler*innen erwarten, dass auf den Klimawandel reagiert wird (Abbildung 12). Die Ansicht, dass nichts gegen den Klimawandel getan werden muss, ist signifikant nur bei einer Minderheit von 15 Prozent der AfD-Unterstützer*innen vorhanden. Die zentrale Frage für Parteien ist also nicht, *ob* ihre Wähler*innen wollen, dass das Problem aktiv angegangen wird, sondern *wie*. Denn dabei kristallisieren sich einige grundlegende Unterschiede heraus. Fast alle Grünen-Befürworter*innen (92 Prozent) und knapp drei Viertel der Linkspartei- (75 Prozent) und SPD- (73 Prozent) Unterstützer*innen sind der Meinung, dass generell alles getan werden

sollte, um den Klimawandel zu stoppen. Der Anteil der CDU/CSU-Wähler*innen, die grundsätzlich eher auf Maßnahmen zur Anpassung an ein verändertes Klima setzen, ist zwar im Vergleich zu den genannten Parteien größer (35 Prozent), aber auch eine klare Mehrheit von 61 Prozent der Unterstützer*innen von CDU/CSU betont das Ziel eines stärkeren Engagements, um den Klimawandel aufzuhalten. Bei der FDP halten sich beide Sichtweisen mit je 47 Prozent die Waage, während die AfD die einzige Partei ist, bei der eine Mehrheit die Anpassung der Lebensweise als Reaktion auf den Klimawandel favorisiert (54 Prozent).

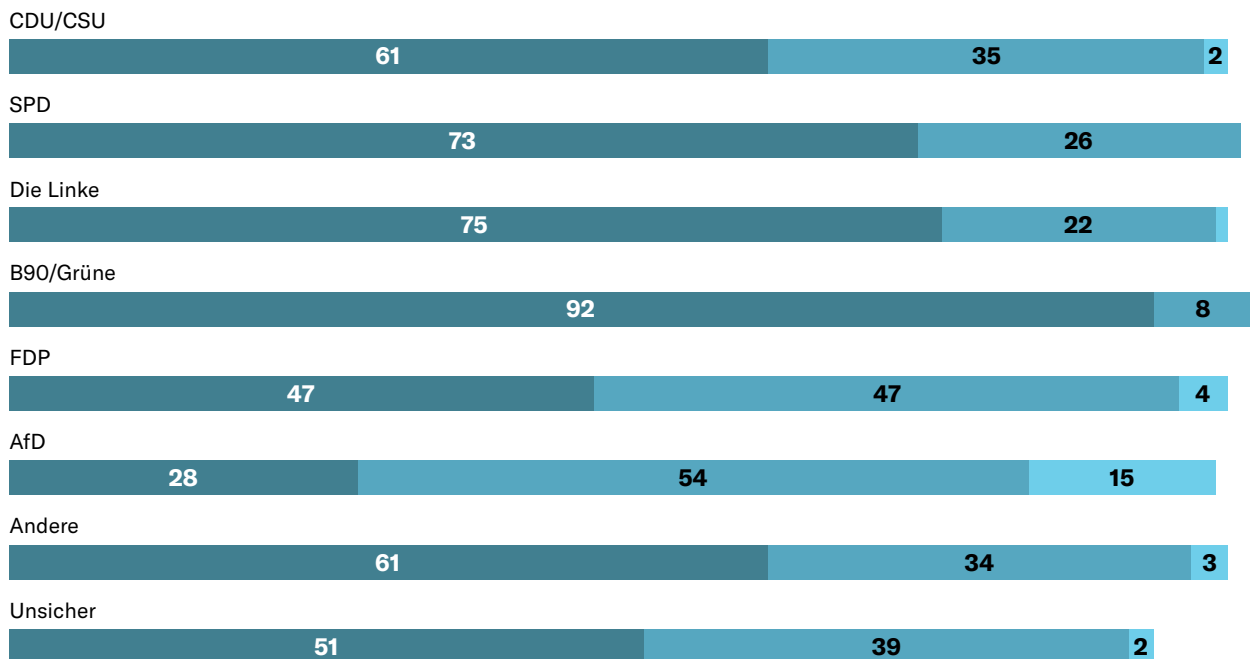
²⁵ Fehlende Angaben zu 100%: Weiß nicht

Zusammengenommen sehen wir, dass keine Partei sich Sorgen machen muss, dass die Wähler*innen sie grundsätzlich meiden würden, wenn sie über die Klimakrise reden. Ganz im Gegenteil davon erwartet eine klare Mehrheit, dass sich mit dem Thema auseinandergesetzt wird. Unterschiede kristallisieren sich einzig in der Bewertung der Dringlichkeit und der Frage heraus, ob Parteien stärker auf Anpassungen der Lebensweisen oder auf Gegenmaßnahmen zum Klimawandel zielen sollten.

Beides sind wichtige Aspekte im Umgang mit der Krise laut IPCC.²⁶ Für Grüne, Linkspartei und SPD gilt es, den Fokus deutlich stärker auf Transformation zu setzen. Bei der CDU/CSU sollte eine substantielle Minderheit mit bedacht werden, die auf Anpassung setzt, aber auch hier ist klar, dass die Mehrheit Maßnahmen zur Minderung des Klimawandels will. Für die FDP ergibt sich eine besondere Schwierigkeit, weil ihre aktuelle Anhängerschaft sich gleichermaßen auf beide Positionen verteilt.

ABBILDUNG 12

Einstellungen zur Reaktion auf den Klimawandel nach Parteipräferenz (%)²⁷



- Wir sollten alles tun, was wir können, um den Klimawandel zu stoppen
- Wir sollten uns an den Klimawandel anpassen, damit wir in der Zukunft gut mit einem veränderten Klima leben können
- Wir müssen nichts tun, da der Klimawandel kein großes Problem ist

26 IPCC: Change Core Writing Team, R.K. Pachauri and L.A. Meyer (eds). 2014. Climate Change 2014: Synthesis Report. Contribution of Working Groups I, II and III to the Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate. IPCC, Geneva, Switzerland.

27 Fehlende Angaben zu 100%: Weiß nicht

VOLATILITÄT

Bei allen Parteien (außer der AfD mit nur 28 Prozent) offenbart sich ein substantieller Anteil von Wähler*innen, die entweder bereits wegen der Klimapolitik eine bestimmte Partei gewählt haben oder vorhaben, dies in der Zukunft zu tun. Das trifft auf fast alle (90 Prozent) der Grünen-Anhänger*innen zu, aber auch auf zwei Drittel bei der Linkspartei, 57 Prozent bei der SPD und immerhin noch bei fast der Hälfte der Unterstützer*innen von FDP und CDU/CSU. Entscheidend ist es dann, ob diese Personen die Klimapolitik ihrer favorisierten Partei besonders schätzen oder eher einer anderen Partei hierbei besondere Kompetenz einräumen. Im ersten Fall wäre es ein positives Signal für die Parteien, wenn viele Wähler*innen das Thema als wahlentscheidend ansehen. Im zweiten Fall könnte das jedoch bedeuten, dass Stimmen an eine andere Partei verloren gehen könnten.

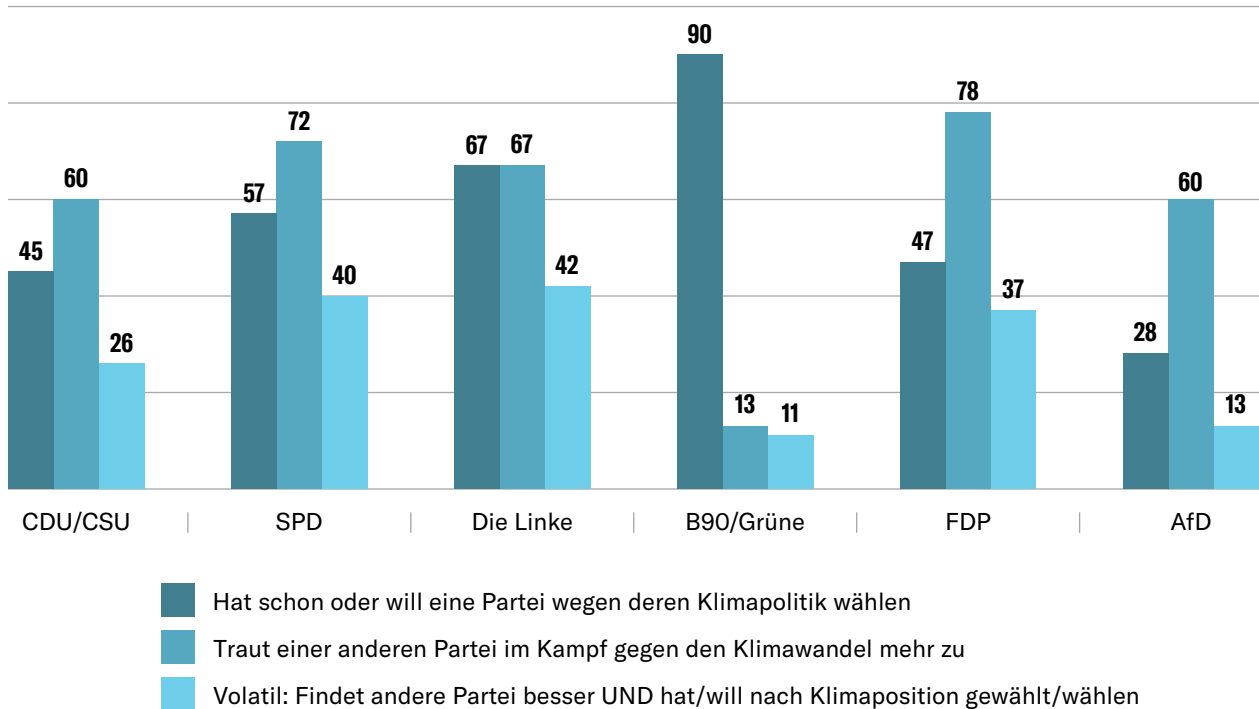
Tatsächlich sagen jeweils eine Mehrheit der Unterstützer*innen aller Parteien außer der Grünen, dass eine andere Partei besser gegen den Klimaschutz vorgehe als die Partei, die sie am ehesten wählen würden. Das gilt für 60 Prozent von CDU/CSU- und AfD-Wähler*innen, 67 Prozent bei der Linkspartei, 72 Prozent bei der SPD und sogar 78 Prozent bei der FDP. Entscheidend ist dabei, wie viele Anhänger*innen jeweils beide Ansichten teilen, also dass die Klimapolitik für sie

wahlentscheidend ist, sie aber einer anderen Partei darin mehr zutrauen. Dies trifft auf 26 Prozent der CDU/CSU-Wähler*innen zu. Also immerhin jede*r Vierte, der/die am ehesten zu dieser Partei tendiert, sollte als potentiell volatil in Bezug auf die Klimadebatte angesehen werden. Wenn 26 Prozent der Wählerschaft bei einem als wahlentscheidend betrachteten Thema als nicht gesichert gesehen werden können, ist das für eine Partei sicherlich bedenkenswert. Der Anteil an potentiell volatilen Wähler*innen fällt bei einigen anderen Parteien aber noch deutlich höher aus: 37 Prozent der FDP, 40 Prozent der SPD und 42 Prozent der Linkspartei entsprechen diesem Profil.

Ob sich die Volatilität gleichmäßig über die jeweilige Anhänger*innenschaft der Parteien verteilt oder sich eher auf bestimmte Gruppen konzentriert, variiert stark (Abbildung 14). Die gravierendsten Unterschiede sehen wir bei der FDP. Mehr als die Hälfte (54 Prozent) aller ihrer Großstadtwähler*innen sind volatil, während das nur für 18 Prozent derer gilt, die auf dem Land leben. Ein solcher Unterschied zeichnet sich auch für die Linkspartei ab, allerdings nicht im gleichen Ausmaß (50 Prozent der Großstadtwähler*innen und 39 Prozent jener auf dem Land zählen als volatil). Bei den anderen Parteien sind die Unterschiede weniger stark ausgeprägt.

ABBILDUNG 13

Wahlentscheidung nach Klimapolitik²⁸, Einschätzung der Parteikompetenz beim Klimawandel²⁹ und Parteipräferenz (%)

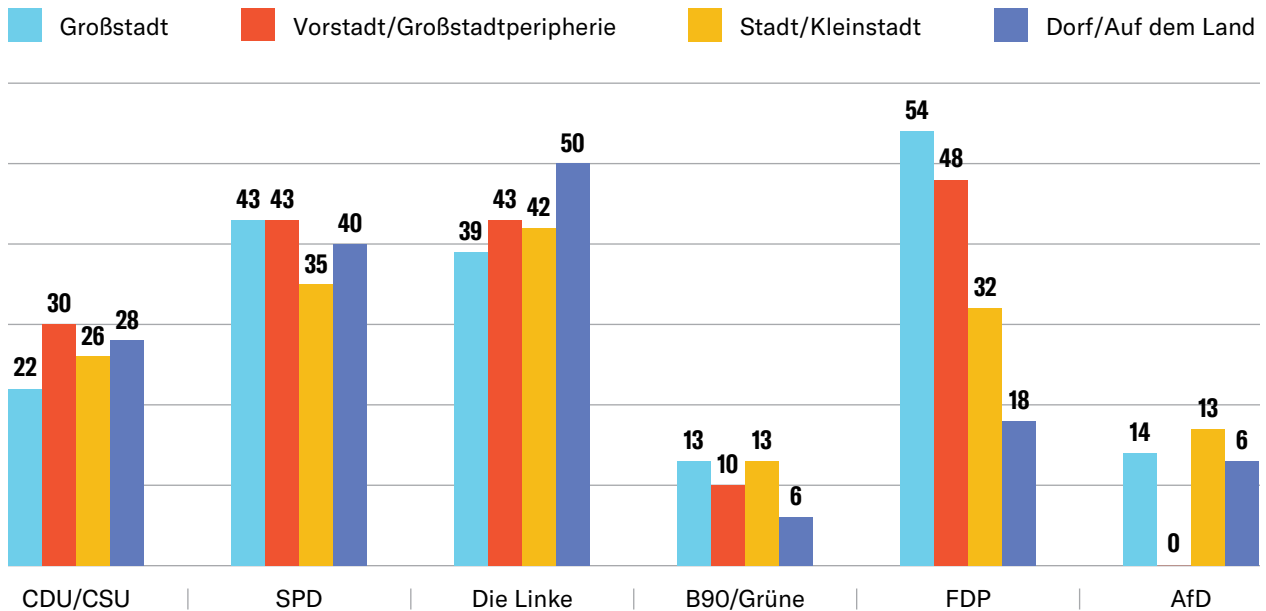


28 „Welche der folgenden Maßnahmen haben Sie persönlich gegebenenfalls bereits ergriffen bzw. haben Sie vor, künftig zu ergreifen, um Ihren Einfluss auf den Klimawandel zu reduzieren?“, „Eine Partei aufgrund ihrer Klimawandelagenda wählen“

29 „Welche politische Partei würde den Klimawandel Ihrer Meinung nach am besten bekämpfen?“

ABBILDUNG 14

Volatilität nach Wohnortstyp und Parteipräferenz (% der Wähler*innen in den jeweiligen Wohnortstypen, die als volatil eingestuft sind)



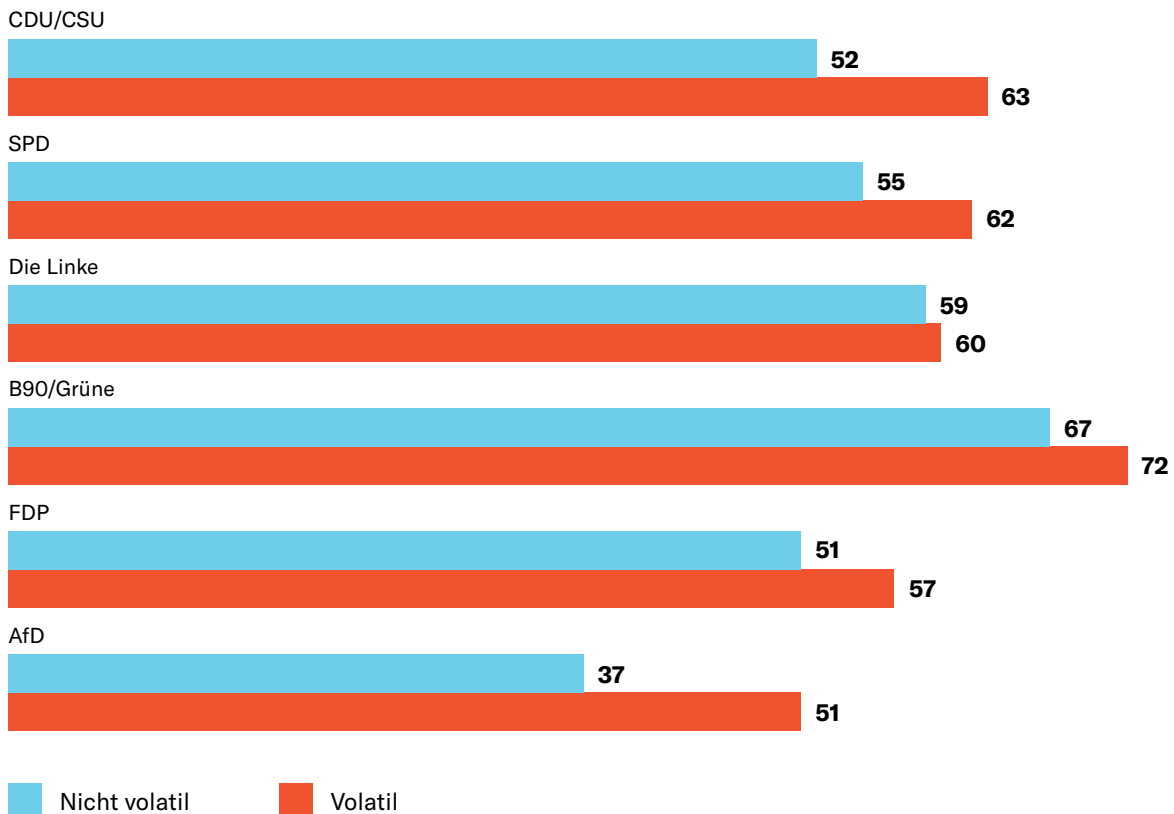
Tendenziell haben die zur volatilen Gruppe zählenden Wähler*innen durchschnittlich schon mehr individuelle Maßnahmen zum Klimaschutz durchgeführt, was wenig überraschend erscheint, da sich in beiden Aspekten der höhere Stellenwert des Themas veranschaulicht. Zwischen den Parteien sind dabei aber Unterschiede festzustellen. Während sich bei der Linkspartei volatile und nicht-volatile Wähler*innen kaum in ihrem persönlichen

Klimaverhalten unterscheiden (Abbildung 15), zeigen sich bei den Grünen, der FDP und der SPD leichte Unterschiede. Bei CDU/CSU sind diese hingegen am stärksten erkennbar. Deren volatile Unterstützer*innen haben im Schnitt über ein Fünftel mehr persönliche Maßnahmen durchgeführt als nicht volatile. Insgesamt fallen die Unterschiede aber moderat aus.³⁰

30 Die Unterschiede bei der AfD sind größer, die Gruppe der volatilen Wähler*innen aber sehr klein (s. Abbildung 13).

ABBILDUNG 15

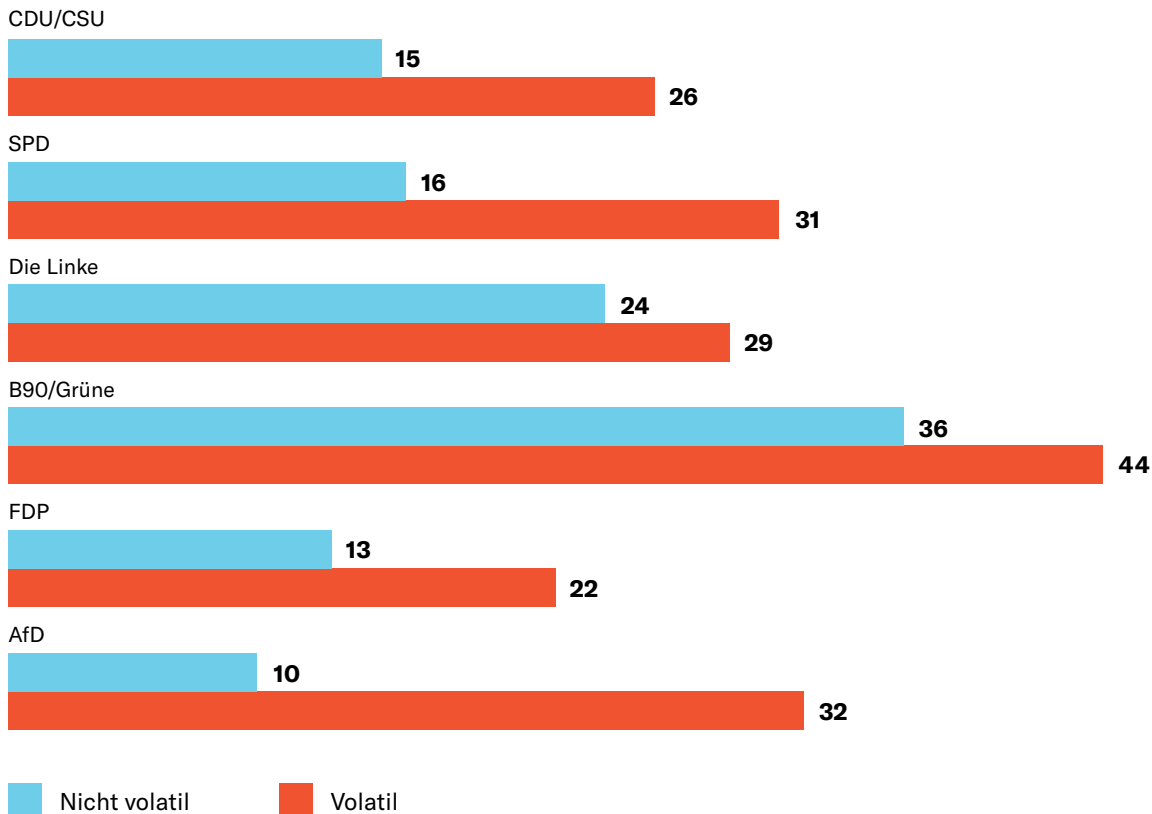
Individuelle Maßnahmen zum Klimaschutz nach Volatilitätseinordnung und Parteipräferenz (% der möglichen individuellen Klimaschutzmaßnahmen, die volatile und nicht-volatile Wähler*innen der jeweiligen Partei im Durchschnitt unternommen haben)³¹



³¹ Siehe Abbildung 8 für die Übersicht der möglichen individuellen Maßnahmen.

ABBILDUNG 16

Gemeinschaftlich orientierte Maßnahmen zum Klimaschutz nach Volatilitätseinordnung und Parteipräferenz (% der möglichen gemeinschaftlich orientierten Klimaschutzmaßnahmen, die volatile und nicht-volatile Wähler*innen der jeweiligen Partei im Durchschnitt unternommen haben)³²



Deutlich größere Unterschiede stellen sich jedoch heraus, wenn wir uns die gemeinschaftlich orientierten Maßnahmen anschauen (Abbildung 16). Die als volatil eingeordneten SPD-Anhänger*innen haben im Schnitt fast doppelt so viele gemeinschaftliche Maßnahmen umgesetzt als jene, die nicht volatil sind. Der Unterschied ist mit über zwei Drittel mehr Beteiligung an gemeinschaftlichen Maßnahmen auch bei der CDU/CSU deutlich, gefolgt von der FDP auf einem ähnlichen Niveau. Bei den anderen Parteien ist die gleiche Tendenz zwar zu beobachten, aber insbesondere für die Linkspartei deutlich weniger stark ausgeprägt.

Die Parteienprofile unterscheiden sich darüber hinaus bei grundlegenden Einstellungen. In allen Parteien will die Mehrheit (56 bis 64 Prozent) der Wähler*innen, dass keine bestimmte Generation im Regierungshandeln bevorzugt wird (Abbildung 17). Der Anteil derer, die den anderen beiden Standpunkten zustimmen, variiert jedoch sehr zwischen den Parteien. Während bei den Unterstützer*innen der Grünen doppelt so viele sagen, die jüngere Generation sollte im Fokus der Politik stehen, als die ältere, sehen wir das Gegenteil besonders deutlich bei der AfD und weniger stark bei der SPD und CDU/CSU ausgeprägt. Bei der FDP und Linkspartei halten sich beide Ansichten in der Waage.

³² Siehe Abbildung 8 für die Übersicht der möglichen gemeinschaftlich orientierten Maßnahmen.

ABBILDUNG 17**Generationenprioritäten und Parteipräferenz (%)³³**

CDU/CSU



SPD



Die Linke



B90/Grüne



FDP



AfD

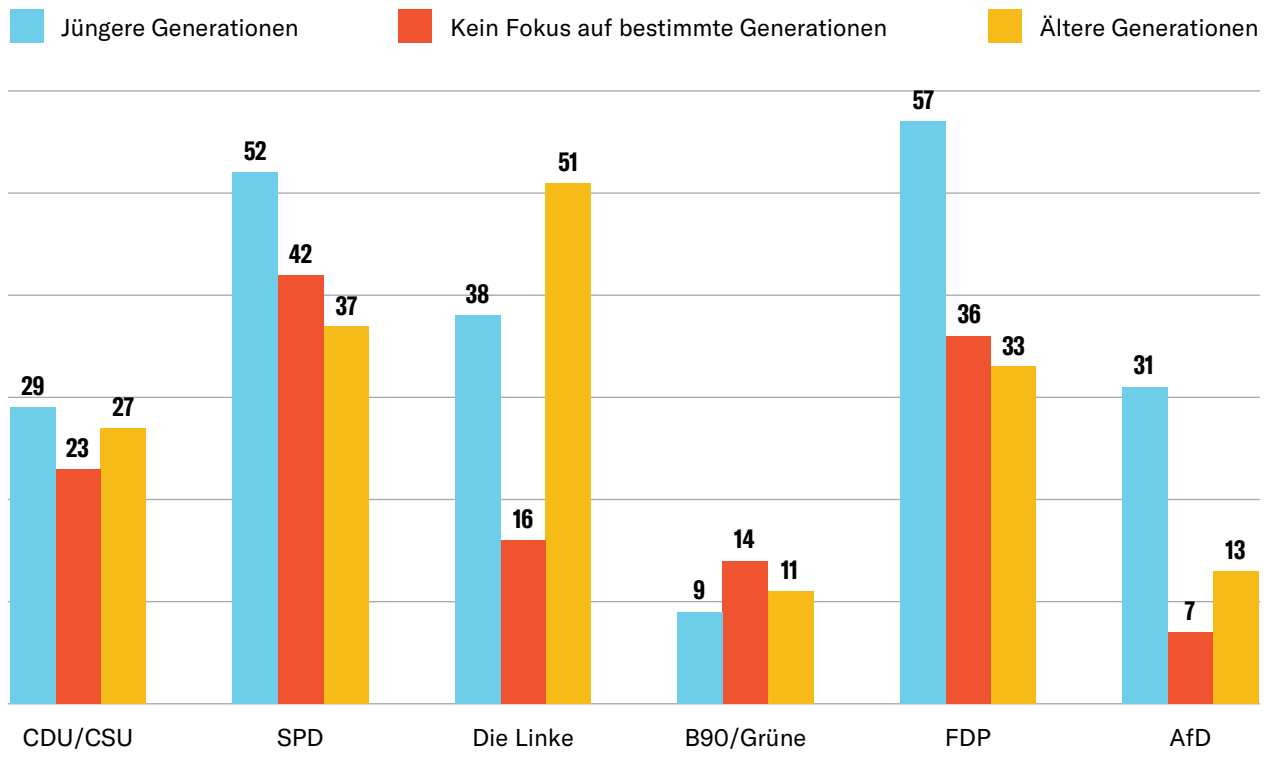


- Die Regierung sollte ihr Hauptaugenmerk mehr auf die jüngeren Generationen richten, da diese in der Zukunft mit den Folgen unseres Handelns leben müssen
- Die Regierung sollte ihr Hauptaugenmerk nicht auf eine bestimmte Generation richten
- Die Regierung sollte ihr Hauptaugenmerk mehr auf die ältere Generation richten, da diese es verdient hat, nachdem sie jahrzehntelang gearbeitet und Beiträge geleistet hat

Entscheidend werden diese Ansichtsweisen für mehrere Parteien in der Identifikation der potentiellen volatilen Wähler*innen (Abbildung 18). Unter den volatilen Anhänger*innen der CDU/CSU und der Grünen verteilen sich alle Ansichten zur Generationenfrage fast gleich. In der FDP und in begrenzterem Umfang in der SPD ist der Anteil derer,

die sich einen Fokus auf die jüngere Generation wünschen, signifikant stärker in der volatilen Gruppe ausgeprägt. Bei der Linkspartei fallen beide Gruppen, die befürworten, dass die jüngere oder die ältere Generation im Mittelpunkt der Politik stehen sollte, unter den volatilen Unterstützer*innen höher aus, als jene, die keinen Generationenfokus wünschen.

³³ „Sollte die Regierung bei ihren Entscheidungen bestimmte Altersgruppen priorisieren oder sollte sie alle gleich behandeln?“; Fehlende Angaben zu 100%: Weiß nicht

ABBILDUNG 18**Volatilitätseinordnung nach Ansicht zu Generationenprioritäten und Parteipräferenz (%)**

Während sich also gezeigt hat, dass viele Wähler*innen aller Parteien grundsätzlich verlangen, dass das Thema Klimawandel von der Politik angesprochen wird, sehen wir nun, dass die Gruppen innerhalb der Parteianhänger*innenschaft, für die das Thema besonders entscheidend ist, nicht

identisch sind. Klare Unterschiede zeichnen sich beispielsweise in der Ansicht über eine politische Fokussierung auf bestimmte Generationen ab. Es lohnt sich also noch genauer hinzuschauen, wie sich die jeweiligen Gruppen die Reaktionen auf die Klimakrise genau vorstellen.

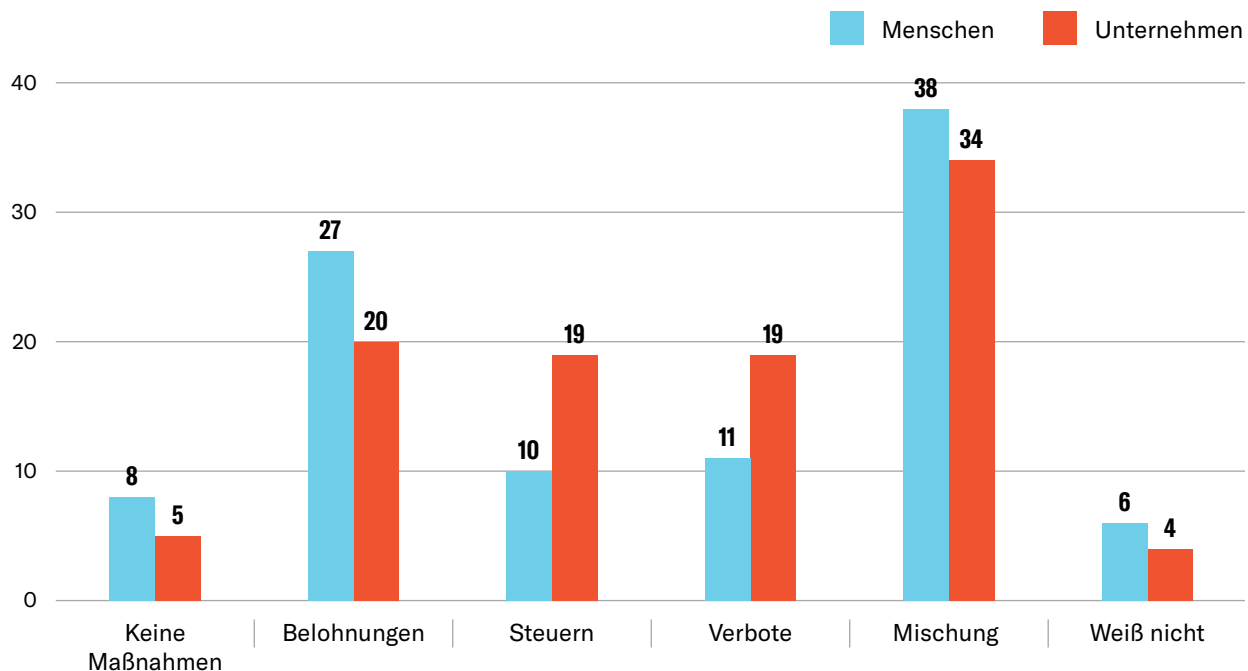
STAATLICHE KLIMASCHUTZ- MAßNAHMEN: GEWOLLT, ABER EHER OHNE GROßE PERSÖNLICHE EINSCHRÄNKUNGEN

Bei der Frage, wie die Regierung am besten auf die Klimakrise reagieren sollte, kristallisiert sich ein weites Feld verschiedener Meinungen in der deutschen Bevölkerung heraus (Abbildung 19). Abgesehen von einer klaren Minderheit (unter 10 Prozent), die sich gegen Maßnahmen der Regierung zur Beeinflussung der Verhaltensweisen von Menschen und Unternehmen aussprechen, besteht über die Art und Weise der Handhabungen Uneinigkeit. So ziehen zwar deutlich mehr der Befragten Belohnungen für klimafreundliches Verhalten der Menschen (27 Prozent) gegenüber Steuern für klimaschädliches Verhalten (10 Prozent) oder gegenüber Verboten (11 Prozent) vor. Als beliebteste Variante (38 Prozent) stellt sich

jedoch eine Mischung zwischen den verschiedenen Instrumententypen heraus. Gleiches gilt für Unternehmen. Die drei Maßnahmetypen sind im Einzelnen mit je circa 20 Prozent gleich beliebt – womit sich auch zeigt, dass hier nur 40 Prozent der Befragten ausschließlich für Verbote oder Steuern plädieren – während die beliebteste Variante mit 34 Prozent die Mischung der Instrumententypen ist. Wir können also festhalten, dass die Menschen in Deutschland keine einheitliche Vorstellung darüber haben, wie die Regierung generell auf sie selbst und die Unternehmen einwirken sollte, um klimafreundliche Handlungsweisen zu befördern.

ABBILDUNG 19

Präferenz zu Regierungsmaßnahmen, damit Menschen bzw. Unternehmen klimabewusster handeln (%)³⁴



Weitere Differenzen können wir bei diesem Thema nach der Parteienanhänger*innenschaft ausmachen. Wähler*innen der Grünen tendieren am ehesten dazu, ein gemischtes Maßnahmenpaket zu präferieren. Mehr als die Hälfte von ihnen wünscht sich dies in Bezug auf das Handeln von Menschen (Abbildung 20). Bei allen anderen Parteien fällt der Anteil geringer aus und die meisten Befragten wählen statt der Mischform eine klare Option aus. Bei CDU/CSU, SPD, FDP und AfD ist der Anteil derer, die Belohnungen für Menschen bevorzugen mit 30 Prozent besonders hoch im Vergleich zu circa 20 Prozent bei den Grünen und der Linkspartei. Der Fokus auf Steuern oder Verbote hält sich dagegen

bei allen Parteien die Waage. Dazu entspricht der Anteil derer, die keinerlei Maßnahmen gegenüber Menschen befürworten, nur bei der AfD mit 26 Prozent einem recht hohen Anteil der Unterstützer*innen.

Hinsichtlich der Maßnahmen für Unternehmen unterscheiden sich die Ansichten stärker (Abbildung 21). In allen Parteien außer der AfD stimmen den einzelnen Maßnahmentypen zusammengefasst jeweils eine Mehrheit der Befragten zu, womit insgesamt weniger Menschen eine Mischung aus Maßnahmen bevorzugen. Bei FDP und CDU sind Belohnungen für Unternehmen

34 "Welche der folgenden Aussagen kommt Ihrer Meinung darüber am nächsten, was die Regierung gegebenenfalls tun sollte, um Menschen/Unternehmen dazu zu bewegen, auf klimaverantwortliche Weise zu handeln, am nächsten?

1. Die Regierung sollte keine Maßnahmen ergreifen, um Menschen/Unternehmen dazu zu bewegen, auf klimaverantwortliche Weise zu handeln
2. Menschen/Unternehmen sollten dafür belohnt werden, wenn Sie auf klimaverantwortliche Weise handeln
3. Menschen/Unternehmen sollte für Verhalten, das dem Klima schadet, eine Steuer auferlegt werden
4. Menschen/Unternehmen sollte es untersagt werden, sich auf eine Weise zu verhalten, die dem Klima schadet
5. Es sollte eine Mischung aus Belohnungen, Negativanreizen und Verboten für Menschen/Unternehmen geben
6. Weiß nicht"

(mit 27 beziehungsweise 24 Prozent) jeweils die beliebteste Option, gefolgt von Steuerinstrumenten. Bei SPD-Wähler*innen ist die Besteuerung klimafeindlicher Aktivitäten für Unternehmen mit 24 Prozent beliebter als Belohnungen (18 Prozent), die von gleich vielen Personen bevorzugt werden, wie jenen, die Verbote als beste Option betrachten. Mit 25 Prozent Zustimmung sind Verbote für Unternehmen bei Anhänger*innen der Linkspartei am beliebtesten, knapp vor Steuerinstrumenten (22 Prozent), während Belohnungen für Unternehmen

bei ihnen am wenigsten gewünscht sind (12 Prozent). Bei den Grünen werden Verbote und Steuern den Belohnungen vorgezogen, aber gemischte Maßnahmen fallen mit 46 Prozent wieder deutlich beliebter aus als bei den anderen Parteien. Trotz der Unterschiede gilt es festzuhalten, dass alle Maßnahmetypen Unterstützer*innen in allen Parteien haben. Ein einfaches, klares Bild davon, wie die Regierung generell vorgehen und welche Ansätze von den jeweiligen Parteien verfolgt werden sollten, zeigt sich also nicht.

ABBILDUNG 20

Präferenz von Regierungsmaßnahmen, damit Menschen klimabewusster handeln nach Partei (%)³⁵

CDU/CSU



SPD



Die Linke



B90/Grüne



FDP



AfD



Keine Maßnahmen Belohnungen Steuern Verbote Mischung

³⁵ Fehlende Angaben zu 100%: Weiß nicht

ABBILDUNG 21

Präferenz von Regierungsmaßnahmen, damit Unternehmen klimabewusster handeln nach Partei (%)³⁶

CDU/CSU



SPD



Die Linke



B90/Grüne



FDP



AfD



Keine Maßnahmen Belohnungen Steuern Verbote Mischung

Das Bild verschiebt sich jedoch ein wenig, wenn wir uns die Präferenzen der Befragten zu spezifischen politischen Maßnahmen anschauen, statt sie nur abstrakt danach zu fragen. Grundsätzlich zeigt sich bei vielen konkreten Fragen, dass sich eine große Anzahl der Menschen für Maßnahmen ausspricht, die ein positives Verhalten von Personen fördert und belohnt. Bei der Frage, wie die Regierung am besten auf die durch den Flugverkehr verursachten Emissionen reagieren sollte, ist die am häufigsten ausgewählte Option mit 42 Prozent die Verbesserung von Zug- und Bahnnetzen mit günstigeren Preisen (Tabelle 5). Dabei fallen die Unterschiede nach der Parteianhänger*innenschaft gering aus. 39 Prozent der CDU/CSU-Unterstützer*innen sehen dies als beste Maßnahme an, 40 Prozent bei der FDP und 45 bis 48 Prozent bei Linkspartei, Grünen und

SPD. Nur bei der AfD ist der Anteil mit 30 Prozent niedriger (aber auch dort ist es die am häufigsten ausgewählte Option). An zweiter Stelle steht die Anhebung der Steuern für Flüge, was insgesamt 32 Prozent als bestes Instrument betrachten. Einer generellen Erhöhung der Besteuerung aller Flüge stimmen dabei mehr Menschen (18 Prozent) zu als, nur die Leute stärker zu besteuern, die häufig fliegen (14 Prozent). Verbote von Inlandsflügen (14 Prozent) oder Flügen generell (4 Prozent) finden nur bei einer Minderheit Anklang. Genauso will nur eine Minderheit (5 Prozent generell, etwas höher bei FDP und AfD mit 13 und 17 Prozent) nichts verändern. In der öffentlichen Meinung werden also Maßnahmen zur Infrastrukturverbesserung und Verteuerung durch Steuern als wichtigste Instrumente für den Klimaschutz bewertet.

³⁶ Fehlende Angaben zu 100%: Weiß nicht

TABELLE 5**Beste Maßnahme zur Reduktion der Emissionen im Flugverkehr nach Partei (%)³⁷**

	GESAMT	CDU/ CSU	SPD	DIE LINKE	B90/ GRÜNE	FDP	AFD
Zug- und Busnetze verbessern und sie bei einem größeren Streckenangebot günstiger und schneller machen	42	39	48	45	47	40	30
Die Steuern auf alle Flüge erhöhen	18	21	21	19	21	16	15
Die Steuern auf Flüge erhöhen, aber nur für Menschen, die mehr als dreimal pro Jahr fliegen	14	17	11	10	14	18	16
Flüge innerhalb Deutschlands untersagen	14	13	12	20	14	10	15
Nichts verändern	5	4	2	3	1	13	17
Alle Flüge untersagen	4	4	4	2	3	1	4
Weiß nicht	3	2	2	1	0	4	3

Ein ähnliches Bild ergibt sich bei der Frage nach den Emissionen im Autoverkehr (Tabelle 6). Als beste Option wird auch hier am häufigsten die Bereitstellung von Alternativen ausgewählt: die kostenlose Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel mit 40 Prozent. Die Unterschiede fallen hier etwas stärker aus als bei Flügen. Es ist die beliebteste Option bei allen Parteien, aber die Präferenz dafür reicht von 30 Prozent bei der FDP und einem Drittel bei der AfD, über 35 Prozent bei der CDU/CSU, 40 Prozent bei den Grünen und 41 Prozent

bei der SPD bis zu 49 Prozent bei der Linkspartei. Dazu werden noch andere Anpassungen zur Infrastrukturbereitstellung wie eine Fokussierung auf Fahrräder oder Elektroautos mit weiteren 17 Prozent als beste Maßnahmen ausgewählt. Verbote finden dagegen weniger Anklang. 14 Prozent präferieren eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen und 6 Prozent das Schließen der Innenstädte für den Autoverkehr. Maßnahmen zur Verteuerung – zum Beispiel durch eine Mautabgabe für alle – sind ebenfalls unbeliebt (4 Prozent).

³⁷ „Flüge/Der Autoverkehr/ Die Aufzucht von Tieren für den Fleischkonsum haben/hat großen Einfluss auf die Emissionen, die zum Klimawandel beitragen. Welche der folgenden Maßnahmen wäre Ihrer Meinung nach die beste Antwort der deutschen Regierung auf dieses Problem? Wählen Sie bitte die Maßnahmen aus, die Ihrer Meinung nach die beste bzw. die zweitbeste Antwort wären, die die deutsche Regierung wählen könnte.“

TABELLE 6**Beste Maßnahme zur Verringerung der Emissionen im Autoverkehr nach Partei (%)**

	GESAMT	CDU/ CSU	SPD	DIE LINKE	B90/ GRÜNE	FDP	AFD
Die öffentlichen Verkehrsmittel kostenlos anbieten	40	35	41	49	40	30	33
Die Höchstgeschwindigkeit der Autos auf allen Autobahnen reduzieren	14	14	18	15	16	15	13
Käufern von Autos mit alternativem Antrieb (z. B. Elektroautos) Finanzhilfen bieten	11	14	15	7	12	13	6
Die Infrastruktur für Fahrräder verbessern (z. B. bessere Radfahrwege)	9	9	9	7	11	13	7
Die Infrastruktur für Elektroautos verbessern (z. B. mehr Ladestationen)	8	12	7	5	8	12	7
Autos aus den Stadtzentren verbannen	6	4	4	11	10	2	5
Nichts verändern	5	4	2	3	1	10	20
Mautgebühren für die Nutzung aller Autobahnen einführen bzw. erhöhen	4	8	3	2	3	2	7
Weiß nicht	3	1	2	1	1	3	3

Während Verbote bei Verkehrsfragen nicht besonders beliebt sind, sieht es in der Fleischproduktion anders aus (Tabelle 7). Die Mehrheit der Befragten (53 Prozent) betrachtet ein Verbot der Massentierhaltung als beste Möglichkeit, um die Emissionen in der Fleischproduktion zu reduzieren. Die Unterstützung dafür ist in allen Parteien hoch, entweder an oder über der 50-Prozentmarke (außer bei der AfD mit 40 Prozent). Während Verbote beim persönlichen Verhalten also nicht besonders beliebt zu sein scheinen, werden diese auf struktureller Ebene zumindest für die Fleischindustrie unterstützt. Das

ist auch daher bemerkenswert, da eine Abkehr von der Massentierhaltung mit einer Verteuerung von Fleischprodukten einherginge, was scheinbar von vielen in Kauf genommen würde – eher als die direkte Erhebung einer Fleischsteuer. Die Verknüpfung von Klimafragen und Tierwohlsorgen scheint das möglich zu machen. Anpassungen, die auf die direkte Verteuerung zielen, werden dagegen nicht stark in Erwägung gezogen. Das ist bei Flügen anders, wo die Besteuerung den Verboten von Flugreisen vorgezogen wird.

TABELLE 7**Beste Maßnahme zur Reduktion der Emissionen aus der Fleischproduktion nach Partei (%)**

	GESAMT	CDU/ CSU	SPD	DIE LINKE	B90/ GRÜNE	FDP	AFD
Massentierhaltung untersagen	53	49	54	62	58	50	40
Öffentliche Kampagnen zum Schaffen von Bewusstsein und zur Information durchführen	12	16	12	14	10	18	12
Fördermittel (Finanzhilfen) kürzen, die Landwirte mit Nutztierhaltung derzeit erhalten	9	9	11	7	7	13	11
Eine Steuer auf Fleisch erheben	9	9	8	5	14	2	6
Nichts verändern	7	7	3	4	1	9	23
Jegliche Produktion von Fleisch, das nicht aus Bio-Erzeugung stammt, untersagen	6	6	9	4	8	4	4
Weiß nicht	5	4	3	3	2	4	5

Grundsätzlich sehen wir also, dass bei der Nachfrage nach konkreten Maßnahmen Optionen, die klimafreundliches Verhalten begünstigen (wie verbesserte Infrastruktur) oder belohnen (wie Subventionen), besonders positiv betrachtet werden. Verbote werden dagegen selten als bestes Instrument gesehen, zumindest in Bezug auf das eigene direkte Verhalten. In der Massentierhaltung stellt sich eine andere Sichtweise heraus, da höhere Kosten als Folge von bestimmten Anpassungen scheinbar in Kauf genommen werden. Beim Fliegen wird dies zumindest noch von einer großen Minderheit aktiv als wichtiges Instrument gesehen. Die konkrete Präferenz von Maßnahmen fällt jedoch entsprechend der Themen unterschiedlich aus. Die Befragten wählen kein einheitliches Muster über alle Fragen

hinweg. Nur eine kleine Minderheit wünscht sich gar keine Maßnahmen. Während es einige Unterschiede in der Stärke bestimmter Präferenzen nach Parteiwunsch gibt, sind die Grundmuster größtenteils jedoch übergreifend erkennbar. Alle Parteien können also über konkrete Vorstöße zu Veränderungen nicht nur nachdenken, sondern auch in einen Dialog mit der Bevölkerung treten. Kostenerhöhungen sind dabei kein Tabu, aber müssen ganzheitlich betrachtet werden, wenn es verschiedene Wege gibt, sie umzusetzen. Schwierig könnte es für alle Parteien werden, Menschen von Verboten von bestimmten persönlichen Verhaltensweisen zu überzeugen. Dazu müssten voraussichtlich längerfristig angelegte Strategien entwickelt werden.

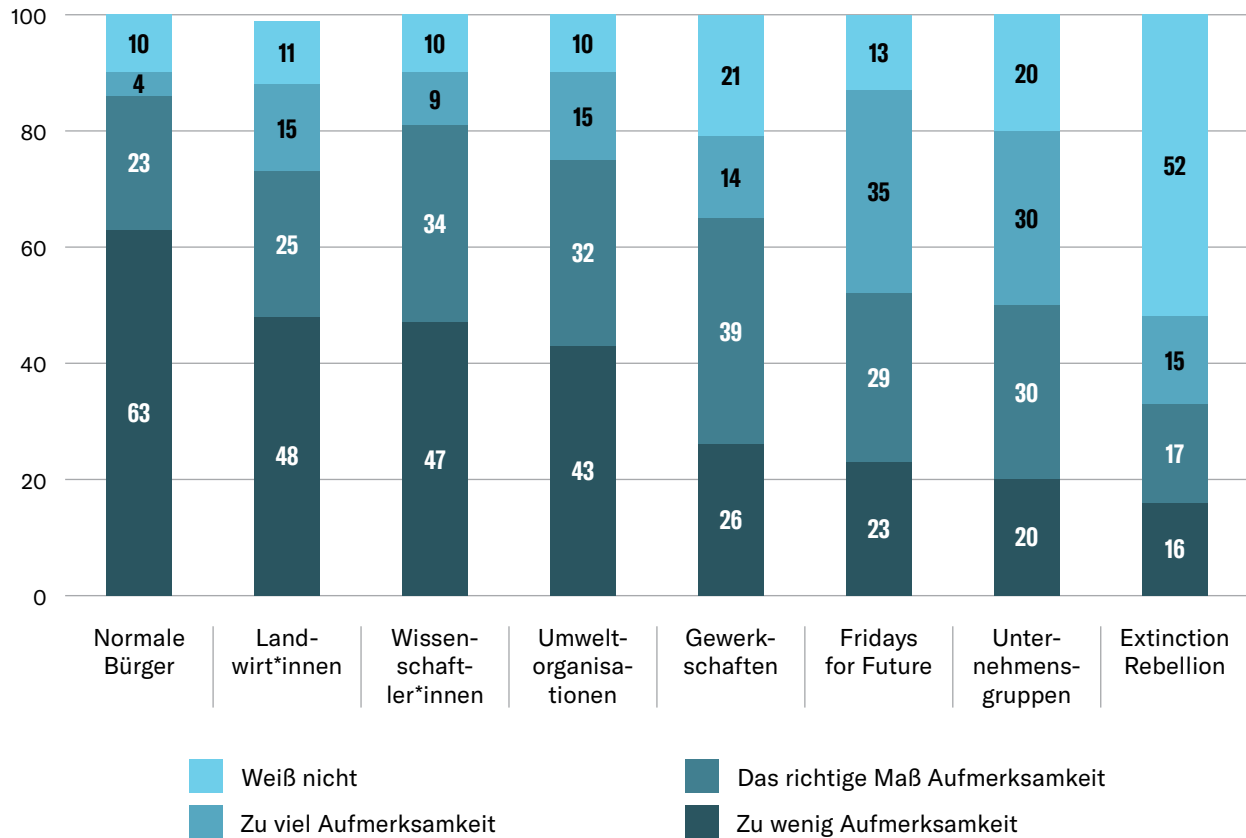
WER SOLL GEHÖRT WERDEN? UNTERSCHIEDE IN DER BETRACHTUNG VON AKTEUREN IN DER KLIMASCHUTZDEBATTE

Neben der Frage, wie die Regierung der Klimakrise begegnen sollte, muss natürlich auch herausgefunden werden, wessen Interessen dabei vertreten werden und wessen Stimmen besonders stark Gehör finden sollten. Viele Menschen (63 Prozent) wünschen sich, dass „normale Bürger“ mehr Aufmerksamkeit bekommen sollten (Abbildung 22). Es gibt aber auch einige spezifische andere Gruppen, welche die Befragten stärker in der Debatte vertreten sehen wollen. Dazu gehören Landwirt*innen (48 Prozent), Wissenschaftler*innen (47 Prozent) und Umweltorganisationen (43 Prozent). Nur eine Minderheit teilt die Meinung, dass diese Gruppen jeweils zu stark in der Klima-Debatte repräsentiert sind (9 bis 15 Prozent).

Die hohe Zustimmung gegenüber Umweltorganisationen ist dabei bemerkenswert, weil sich bei der Nachfrage zu einer der aktuell aktivsten und medial präsentesten Gruppen eine signifikante Polarisierung herausstellt. Gefragt nach Fridays for Future finden zwar 23 Prozent, dass sie stärker gehört werden sollten (mehr als das für Unternehmensgruppen sagen) und weitere 29 Prozent denken, dass sie das richtige Maß an Aufmerksamkeit bekommen. 35 Prozent sind jedoch der Meinung, dass sie zu viel Gehör finden, was einem deutlich höheren Anteil entspricht als für Umweltorganisationen generell. Extinction Rebellion scheint vielen Deutschen dagegen kein Begriff zu sein: Die Mehrheit konnte keine Antwort zu ihnen geben.

ABBILDUNG 22

Wer soll in der Klimawandeldebatte gehört werden? (%)³⁸



Diese Einschätzungen variieren stark nach der Parteizugehörigkeit (Abbildungen 23 und 24). Anhänger*innen der Grünen (67 Prozent) und der Linkspartei (60 Prozent) finden beispielsweise, dass insbesondere Umweltorganisationen mehr Gehör verdienen, während deren Anteil niedriger, aber trotzdem substantiell bei der SPD (44 Prozent), der CDU/CSU (31 Prozent) und der FDP (28 Prozent) ist. In keiner dieser Parteien gibt es jedoch eine Mehrheit von Wähler*innen, die glauben, dass Umweltorganisationen weniger gehört werden sollten. Am höchsten ist der Anteil bei der FDP (25 Prozent) und bei der CDU/CSU (19 Prozent). Die

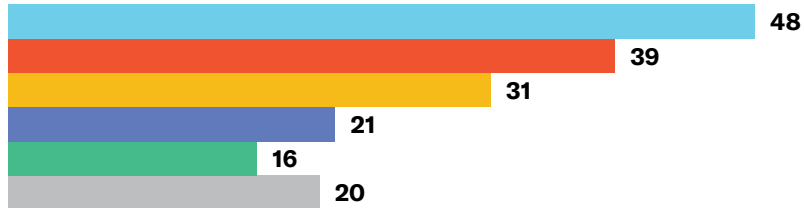
Unterschiede zwischen den Parteien fallen also deutlich aus, beziehen sich aber bei allen außer der AfD (bei denen 43 Prozent ein negatives Bild hatten) stärker auf die positive Einschätzung - also, ob diese Gruppen mehr Gehör finden sollten. Das Bild sieht anders aus, wenn wir konkret nach Fridays for Future fragen. Neben der AfD (72 Prozent) sind auch mehr Wähler*innen von der FDP (53 Prozent), CDU/CSU (45 Prozent) und SPD (29 Prozent) der Meinung, dass diese zu viel Aufmerksamkeit bekommen als jeweils umgekehrt. Nur bei der Linkspartei und den Grünen gibt es mehr Anhänger*innen, die der Bewegung vergleichsweise mehr Aufmerksamkeit zugestehen.

38 „Es gibt viele Gruppen, die in der Diskussion um den Klimawandel ihrer Stimme Gehör verschaffen möchten. Geben Sie bitte für jede der folgenden Gruppen an, ob die deutsche Regierung ihr Ihrer Meinung nach zu viel, zu wenig oder das richtige Maß an Aufmerksamkeit schenkt.“

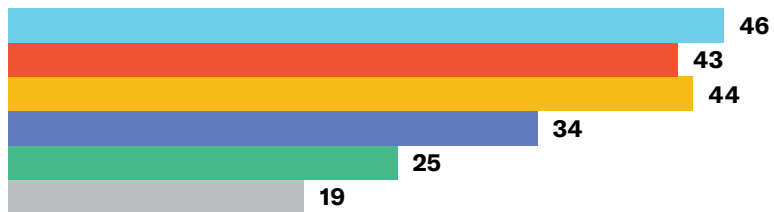
ABBILDUNG 23

Wunsch nach mehr Aufmerksamkeit für Gruppen in der Klimadebatte nach Parteipräferenz

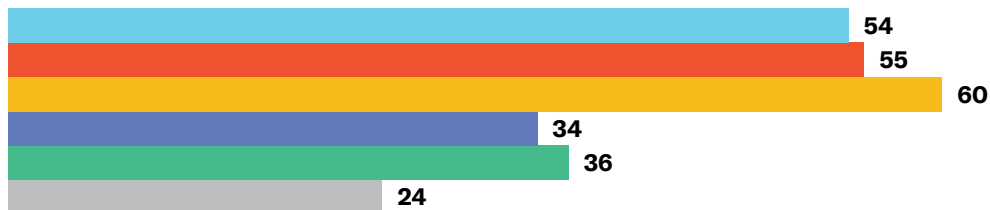
CDU/CSU



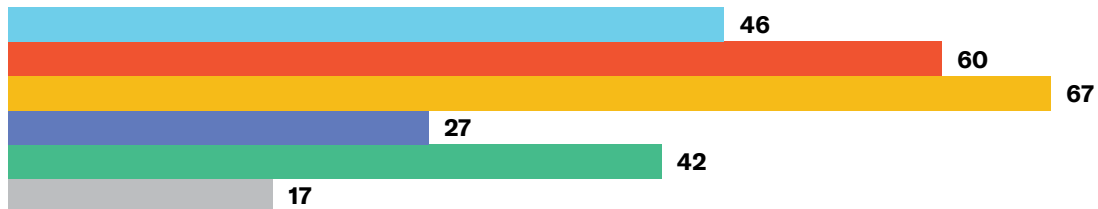
SPD



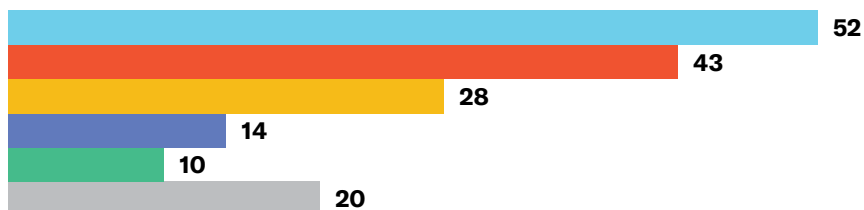
Die Linke



B90/Grüne



FDP



AfD

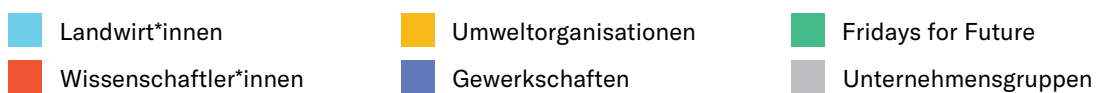
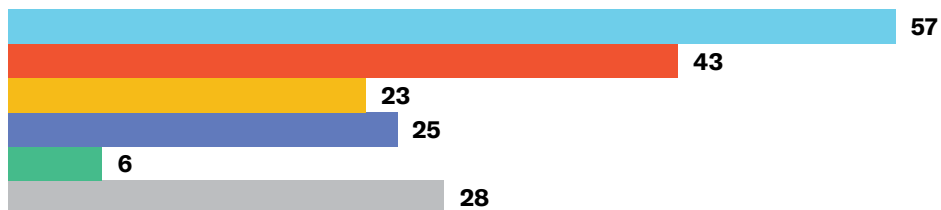
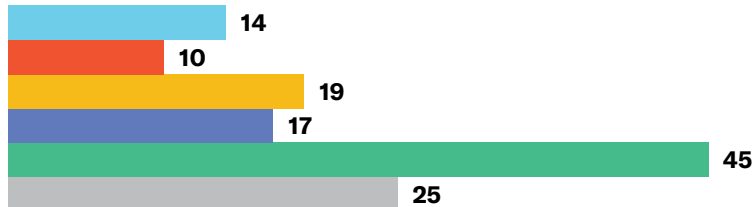


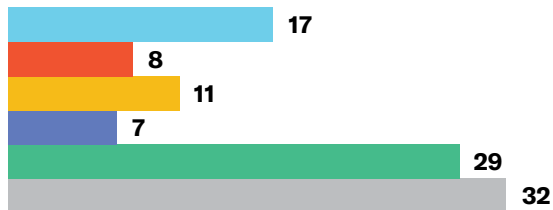
ABBILDUNG 24

Wunsch nach weniger Aufmerksamkeit für Gruppen in der Klimadebatte, nach Parteipräferenz

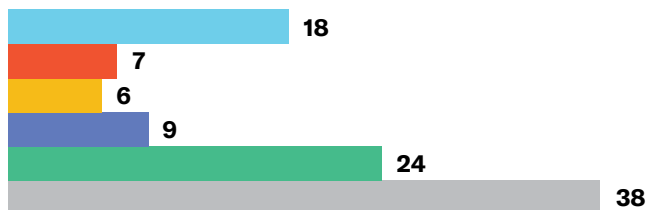
CDU/CSU



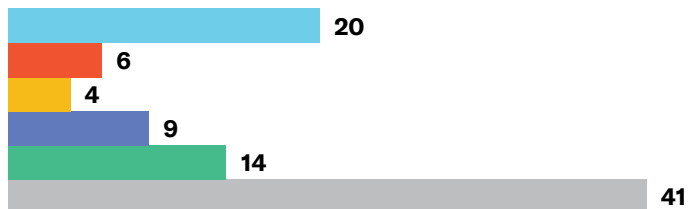
SPD



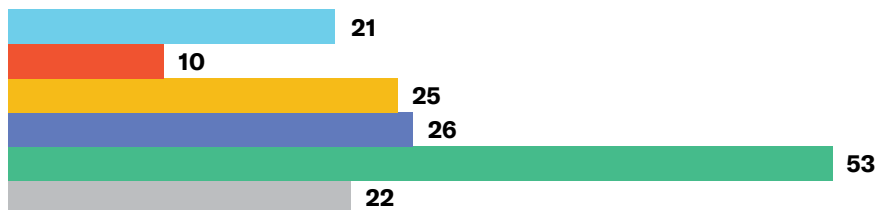
Die Linke



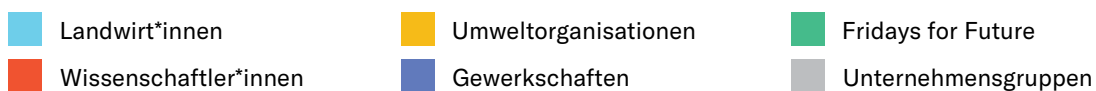
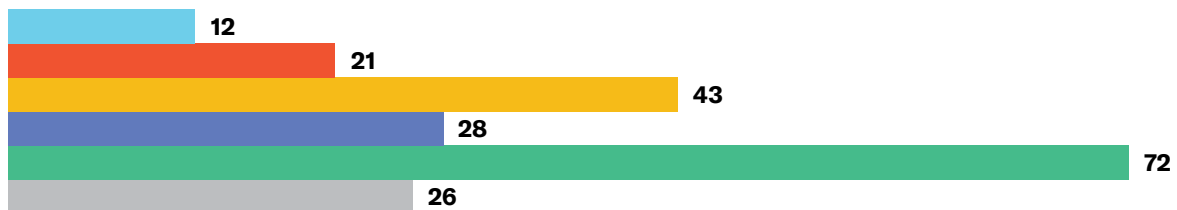
B90/Grüne



FDP



AfD



Es macht also einen erheblichen Unterschied je nach Parteipräferenz aus, welche Gruppen mit der Klima-Debatte in Verbindung gebracht werden. Für einige Parteien sind Umweltorganisationen dabei besonders wichtig, aber für kaum eine Partei bildet der Einbezug solcher Gruppen generell ein Problem. Spezifische Akteursgruppen wie Fridays for Future wirken aber bei den Unterstützer*innen mancher Parteien eher polarisierend. Bei der Auswahl der möglichen Partner*innen und Fürsprecher*innen sollten Parteien dies berücksichtigen und so jeweils

verschiedenen Akteuren Gehör verschaffen. Dies trifft auf die Zustimmung ihrer jeweiligen Wähler*innen und schärft zudem das eigene Profil und die Abgrenzung zwischen den Parteien. Bei zwei Gruppen gibt es jedoch einen recht klaren Konsens. Trotz einer Varianz im Grad der Zustimmung befürwortet in allen Parteien eine große Anzahl der Wähler*innen, dass Landwirt*innen und Wissenschaftler*innen mehr Aufmerksamkeit und Berücksichtigung in der Debatte erhalten sollten.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Der vertiefende Blick in die Sicht- und Bewertungsweisen vom Klimawandel offenbart also, dass eine große Mehrheit der in Deutschland lebenden Menschen die Klimakrise trotz der gegenwärtigen Coronapandemie als ein ernstzunehmendes Problem betrachten, gegen welches die Regierung aktiv entgegenwirken soll. Demographische Unterschiede zeigen sich dabei innerhalb der Bevölkerung kaum, weswegen es gilt, alle Bevölkerungsteile gleichermaßen in der Klimapolitik anzusprechen.

Differenzen kristallisieren sich bei den Befragten jedoch in den Wahrnehmungen der Dringlichkeit oder den erwarteten Auswirkungen für das eigene Leben heraus. So konnten wir aufzeigen, dass je mehr Menschen denken, dass ihr eigenes Leben direkt vom Klimawandel betroffen sein könnte, oder je höher sie die Schwere der Krise bewerten, desto mehr befürworten sie Klimaschutzmaßnahmen. Mit Ausnahme der Altersgruppe der 16- bis 25-Jährigen betrachtet aber gegenwärtig die große Mehrheit den Klimawandel als keine sehr dringliche Angelegenheit, die persönlich stark negative Auswirkungen zur Folge haben würde. Weil dies jedoch unter anderem im direkten Zusammenhang mit dem vorhandenen Wissen über den Klimawandel steht, welches bei einem Großteil der Menschen

erhebliche Lücken aufweist, wird ersichtlich, dass mit einer Wissenssteigerung auch die Zustimmung und Bereitschaft zu klimapolitischen Schritten erhöht werden kann. Die Vermittlung von Wissen über die Ursachen vom Klimawandel oder über die konkreten Auswirkungen von individuellen sowie systematischen Handlungsweisen auf das Klima stellt damit ein direkter Ansatzpunkt für politische und zivilgesellschaftliche Akteure dar, um mehr Menschen von Klimaschutzmaßnahmen zu überzeugen.

Für alle Parteien wäre es dabei ratsam, aktiv die Klimakrise zu thematisieren. Denn deren Anhänger*innenschaften erwarten nicht nur mehrheitlich aktive Maßnahmen von der Politik gegen diese Herausforderung, sondern eine Nichtbeachtung des Themas könnte zu einem Verlust aktueller Unterstützer*innen führen. Denn über Parteigrenzen hinweg lässt sich eine substantielle Anzahl an volatilen Wähler*innen identifizieren, für die das Thema mitunter wahlentscheidend ist, die aber einer anderen Partei darin mehr Kompetenz zugestehen, als der, die sie am ehesten wählen würden. Diese Gruppe variiert zwar in ihrer Größe zwischen den Parteien, umfasst aber immer mindestens 10 Prozent, mitunter gar über 40 Prozent der aktuellen Unterstützer*innen. Ein

Verlust in solchen numerischen Ausmaßen wäre für jede Partei problematisch. Gleichzeitig birgt dies auch eine Chance. Denn wie wir aufzeigen konnten, ist einerseits die entscheidende Frage für die Bevölkerung nicht *ob*, sondern *wie* auf den Klimawandel reagiert werden soll. Dabei stellen sich klare Unterschiede in der Evaluierung des *Wie* heraus, die es den Parteien ermöglichen, ihr eigenes Profil mit der Klimapolitik zu schärfen und sich dadurch von den anderen Parteien abzugrenzen. Für einige wäre es etwa sinnvoll, die Klima- mit der Generationenfrage zu verknüpfen oder gewisse Akteursgruppen dezidiert in die eigene Klimadebatte mit einzubeziehen und mit diesen darin aktiv zusammenzuarbeiten. Denn für die Parteien zeigen sich unterschiedliche Akteure oder Organisationen auf, denen ihre jeweiligen Anhänger*innen in der Klimapolitik vertrauen. Auch anhand der Maßnahmetypen und der Art der Anpassungen, welche für die individuelle als auch die systematische Ebene gewählt werden, können sich die Parteien profilieren.

Aus unserer Studie über die Wahrnehmungsweisen der Klimakrise in der Bevölkerung wird damit ersichtlich, dass es bei der Thematik des Klimawandels noch viel Arbeit für die politischen und zivilgesellschaftlichen Akteure zu erledigen gibt, um den Menschen mehr Wissen und ein Bewusstsein über die Dringlichkeit zu vermitteln. Gleichzeitig birgt dieses Themenfeld für alle Parteien in Deutschland eine Chance, mit einer aktiven, eigenen Klimapolitik ihre Unterstützer*innen zufriedenzustellen sowie neue Wähler*innen zu gewinnen. Mehr Einsatz in der Klimapolitik wäre also für alle Akteure erfolgsversprechend und böte die Chance, die Zustimmung für notwendige weiterreichende Maßnahmen in der gesamten Bevölkerung tiefer zu verankern.

